



Nr. 413 | 15.02.2022

Russland-Analysen

Politische Rhetorik des Präsidenten und der Staatsduma

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde	Deutsches Polen-Institut	Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien	Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropa-forschung	Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH













EDITORIAL

Politische Rhetorik des Präsidenten und der Staatsduma

Die russische Staatsduma sei keine Plattform für politische Kämpfe, Losungen und Ideologien; sie sei eine Plattform für konstruktive und effektive Gesetzgebung. Der Satz stammt aus dem Jahr 2003 und wurde von niemand Geringerem geäußert als Boris Gryslow, dem damaligen Vorsitzenden der Staatsduma von der Partei Einiges Russland. In seiner Kurzform »die Duma ist kein Ort für Debatten« ist dieser Gedanke zu einem geflügelten Wort geworden und klingt heute geradezu prophetisch. Wenn Duma-Abgeordnete mittlerweile überhaupt noch diskutieren, dann tun sie das zumindest nicht unbedingt in der Duma. Dafür bleibt schlicht keine Zeit, das hat die Qualitätszeitung *Novaya Gazeta* in einem ihrer Datenprojekte ausgerechnet (https://novayagazeta.ru/articles/2021/09/15/chto-vy-prinimaete): Im Durchschnitt verabschieden die Abgeordneten alle vierzehn Minuten ein Gesetz.

Nichtsdestotrotz haben die russischen Volksvertreter:innen in den vergangenen 27 Jahren mehr als 385.000 Redebeiträge generiert. Und manchmal wurden die Diskussionen dann doch emotional und scharf geführt. Aus dieser politischen Rhetorik lässt sich vieles über das Land und dessen Politik ablesen. Einzelne Wörter und Wortverbindungen geben Aufschluss darüber, welche Themen Russland in den letzten Jahrzehnten bewegt haben.

Im September 2021 hat dekoder.org, das Online-Magazin zu Russland und Belarus, gemeinsam mit der renommierten *Novaya Gazeta* und der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen das Multimedia-Projekt »Die Duma spricht« (https://duma.dekoder.org/) veröffentlicht. Der Kern dieses Projektes stellt ein Tool dar, mit dem die Häufigkeit einzelner Wörter und Wortverbindungen aus Stenogrammen des russischen Parlaments auf die Jahre verteilt visualisiert werden kann. Das Projekt ist die Fortsetzung des Projektes »20 Jahre Putin« (https://putin.dekoder.org/), in dem wir mit dem gleichen Tool die Worte des russischen Präsidenten entschlüsselten. Beide Projekte erlauben es auch Interessierten ohne Russischkenntnisse, die Rhetorik der wichtigsten staatlichen Institutionen Russlands genau unter die Lupe zu nehmen. Die Tools ermöglichen es, Trends über die Jahre hinweg aufzuspüren und herauszufinden, wer die diskursiven Trendsetter in Russland sind. Beide Projekte wurden vom ZEIT-Online-Projekt »70 Jahre Bundestag: Darüber spricht der Bundestag« (https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaeum-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel) inspiriert.

Einerseits handelt es sich dabei um ein Instrument im Geiste der *digital humanities*. Es ist somit eine computergestützte Methode, mit der neue wissenschaftliche und/oder journalistische Erkenntnisse gewonnen oder alte überprüft werden können. Andererseits bietet das Tool auch ein Experimentierfeld, das jede:r Nutzer:in einfach bedienen kann. Es lädt dazu ein, in die Duma-Rethorik einzutauchen und sich dabei der neuen Erkenntnisse zu erfreuen, oder aber auch manchmal davon irritiert zu werden.

Versuchen Sie es doch einmal selbst, dafür ist es nicht unbedingt notwendig, gleich eine wissenschaftsnahe Hypothese zu entwickeln oder zu testen. Vergleichen Sie doch einmal die Wörter Klimawandel und Gurke. Worüber sprach die Duma häufiger? Spoiler: statt Gurke kann man alles Mögliche in das Suchfeld eintragen, denn Klimawandel lässt sich mit insgesamt 64 Erwähnungen in 27 Jahren als Thema einstufen, das im russischen Parlament noch nicht angekommen ist.

Dekoder-Specials zeichnen sowohl die wissenschaftlichen Erkenntnisse als auch die Freude aus, die diese Erkenntnisse transportieren. Wir bei dekoder sind fest davon überzeugt, dass das eine ohne das andere nicht funktionieren kann. Wissenschaftler:innen beschäftigen sich nicht unbedingt mit Forschung, weil die Wissenschaft per se eine verlockende Erwerbstätigkeit ist, sondern weil sie neugierig sind und unsere komplexe Welt besser verständlich machen wollen. Und diese komplexe Welt können wir nur dann als komplex akzeptieren, wenn diese Komplexität Freude bereitet. Wir bei dekoder wollen mit unseren Specials dazu beitragen, diese Freude an der Erkenntnis zu stiften. Und zwar an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Journalismus.

Leonid Klimov (dekoder, Berlin)



KOMMENTAR

Die sozialen Sorgen der Bevölkerung in der politischen Rhetorik

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Die russische politische Führung gibt sich seit dem ersten Wahlsieg von Wladimir Putin im Jahr 2000 große Mühe, die eigene Herrschaft zu legitimieren. So entstanden in den ersten beiden Amtszeiten Putins die Konzepte der »Diktatur des Gesetzes« und der »souveränen Demokratie«. Zunehmend rückten jedoch die eigenen Leistungen ins Zentrum – in den 2000er Jahren vor allem das Wirtschaftswachstum, in den 2010er Jahren außenpolitische Erfolge.

Die eigenen Leistungen wurden auch als Reaktion auf die Wünsche der Bevölkerung dargestellt. So schrieb Wladimir Putin z. B. in einem viel beachteten Zeitungsbeitrag zu Demokratie, der Teil einer Reihe programmatischer Aufsätze im Rahmen des Präsidentschaftswahlkampfes 2012 war, dass seine Regierung durchweg den Willen des Volkes umsetze und dass dies zwischen den Wahlen durch Meinungsumfragen bestätigt werde (https://www.kommersant.ru/doc/1866753).

Die folgende kleine Analyse präsentiert Meinungsumfragen des unabhängigen Lewada-Instituts zu den »drängendsten Problemen« des Landes, um die Wünsche der Bevölkerung zu erfassen. Sie beschränkt sich dabei auf soziale und wirtschaftliche Probleme. (https://www.levada.ru/2021/03/09/problemy-obshhestva/) Die Wünsche der Bevölkerung werden dann mit der politischen Rhetorik verglichen, um zu überprüfen, ob diese tatsächlich entsprechende Reaktionen zeigt. Hierzu werden Datenbanken aller öffentlichen Aussagen des russischen Präsidenten und aller Debatten im russischen Parlament genutzt, die von Dekoder u. a. mit Unterstützung des Sonderforschungsbereichs »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik« (Universität Bremen) erstellt wurden. (https://duma.dekoder.org, https://putin.dekoder.org) Abschließend muss natürlich auch der Zusammenhang zwischen Worten und Taten thematisiert werden.

Auf wachsende Sorgen reagieren

Am deutlichsten zeigt sich die staatliche Reaktion auf die Sorgen der Bevölkerung, wenn ein Problem innerhalb kurzer Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung gewinnt. Zum Beispiel stieg in Folge der globalen Finanzkrise 2008 die Zahl derjenigen, die Arbeitslosigkeit für eines der zentralen Probleme des Landes halten, innerhalb weniger Monate von etwa 25 Prozent auf über 50 Prozent. Gleichzeitig bezog sich der damalige russische Präsident Dmitrij Medwedjew in diesem Zeitraum so oft auf Arbeitslosigkeit wie sonst nie. Dasselbe gilt für die Staatsduma insgesamt und für alle vier Fraktionen. Die häufigsten Bezüge auf Arbeitslosigkeit finden sich während der Krise bei der Kommunistischen Partei, etwa doppelt so viele wie bei der inoffiziellen Regierungspartei »Einiges Russland«. Aber immerhin benutzten Abgeordnete von »Einiges Russland« das Wort Arbeitslosigkeit sechsmal so oft wie vor der Krise.

Ebenfalls zur Zeit der globalen Finanzkrise 2008 nannten über 80 Prozent Inflation als großes Problem, etwa 20 Prozent mehr als vor der Krise. In den russischen Parlamentsdebatten wird Inflation 2008 mehr als dreimal so häufig erwähnt wie im Vorjahr. »Einiges Russland« hat dabei den größten Anteil, knapp vor der Kommunistischen Partei.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich mit Beginn der Covid-19-Pandemie. In der Wahrnehmung der Bevölkerung wird Arbeitslosigkeit ein größeres Problem und gleichzeitig steigen 2020 die Erwähnungen von Arbeitslosigkeit bei Präsidenten und Duma auf die höchsten Werte seit 2009.

In anderen Fällen spiegelt die politische Rhetorik eher indirekt die Wahrnehmung der Bevölkerung. 2004 gibt es einen starken Anstieg der Erwähnungen von Armut, der im Zusammenhang mit der in diesem Jahr diskutierten Sozialreform steht. Diese Reform führte 2005 zur größten Protestwelle des Jahrzehnts, aber nicht zu einer zunehmenden Sorge der Bevölkerung vor Armut.

Das rhetorische Aufgreifen sozialer Sorgen der Bevölkerung hat aber auch Grenzen. So ist die Rentenreform, die im Sommer 2018 Massenproteste auslöste, in der politischen Rhetorik wenig sichtbar. Sowohl bei Präsident Wladimir Putin als auch bei der Duma geht die Häufigkeit der Bezüge auf Renten nicht über frühere Anstiege hinaus und bei der Duma ist der Anstieg bei den Oppositionsparteien besonders stark. Dies wurde allgemein als Zeichen dafür interpretiert, dass eine für notwendig gehaltene Reform möglichst unauffällig auf den Weg gebracht werden sollte.

Rhetorik und Handeln

In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Sorgen der Bevölkerung, so wie sie in den Lewada-Umfragen erfasst werden, weitgehend unverändert geblieben. Bei den sozialen und wirtschaftlichen Problemen steht Inflation mit kurzen Ausnahmen an erster Stelle und wird durchgehend von über der Hälfte der Bevölkerung als eines der drängendsten Probleme gesehen. Auf dem zweiten und dritten Platz folgen die meiste Zeit Armut

und Arbeitslosigkeit. Dies kann als Beleg dafür gesehen werden, dass aus Sicht der Bevölkerung die Politik zwar über die Probleme redet, diese aber nicht löst.

Bezogen auf die drei am häufigsten genannten Probleme scheint die Statistik aber eine andere Sprache zu sprechen. Die Inflationsrate war Anfang der 1990er Jahre dreistellig, bis 2005 zweistellig und seitdem mit kurzen Ausnahmen immer einstellig. Unabhängig von der Messmethode ist der langfristige Trend bei der Armut vom Amtsantritt Putins bis Mitte der 2010er Jahre ein allmählicher Rückgang, der wohl erst 2020 mit der Corona-Krise nachhaltig unterbrochen worden ist. Die Arbeitslosigkeit ist seit dem Jahr 2000 – gemessen nach der Methode der International Labour Organisation – nie über 9 % gestiegen, auch nicht während der Corona-Pandemie. (https://www.bofit.fi/en/monitoring/statistics/russia-statistics/, zur Armut https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/382/kennzahlen-zur-armut-in-russland/)

Die Sicht der Bevölkerung hat aber nicht nur mit der tatsächlichen Lage, sondern auch mit Erwartungen zu tun. Neil Robinson hat so argumentiert, dass die Bevölkerung zum Ende der zweiten Amtszeit Putins dynamisches Wirtschaftswachstum und entsprechend steigende Löhne zunehmend als neue Normalität wahrnahm und deshalb – gerade in dem Moment als die globale Finanzkrise begann – höhere Erwartungen entwickelte.

Trotzdem hat seit Putins Amtsantritt im Jahr 2000 in Umfragen die Zustimmung zum Präsidenten immer über 60 % gelegen (https://www.levada.ru/en/ratings/), was darauf hindeutet, dass ein großer Teil der Bevölkerung dem Präsidenten die Schwere der anstehenden Probleme zugutegehalten hat bzw. es gelingt, andere zu Sündenböcken zu machen.

Resümee

Es zeigt sich also, dass Krisen und stark zunehmende Befürchtungen in der politischen Rhetorik in Russland aufgegriffen werden. Inwieweit die Bevölkerung dann mit den tatsächlichen Leistungen der Politik zufrieden ist, hängt auch von ihren Erwartungen ab.

Hinzu kommt aber, dass zunehmende autoritäre Unterdrückung die öffentliche Debatte über Probleme einschränkt. In Russland erklärten bereits 2016 gut 25 % der Bevölkerung, dass sie Bedenken haben, in einer Umfrage ihre ehrliche Meinung zur Lage im Land zu äußern. Eine große Mehrheit gab an, dass solche Bedenken in der Bevölkerung vor allem mit der Angst vor negativen Folgen zusammenhängen (https://www.levada.ru/2016/01/22/strah-vyskazat-svoe-mnenie/). Wenn also gesellschaftliche Probleme aus Angst vor negativen Folgen nicht mehr öffentlich benannt werden, kann die Politik auch nicht mehr auf sie reagieren.

Grundsätzlicher hat Greg Yudin mit Bezug auf Russland argumentiert, dass Umfragen die demokratische Meinungsbildung nicht ersetzen können. Aus seiner Sicht sind dafür öffentliche Debatten erforderlich und nicht das Abfragen vorgefasster und von staatlichen Medien beeinflusster Standpunkte.

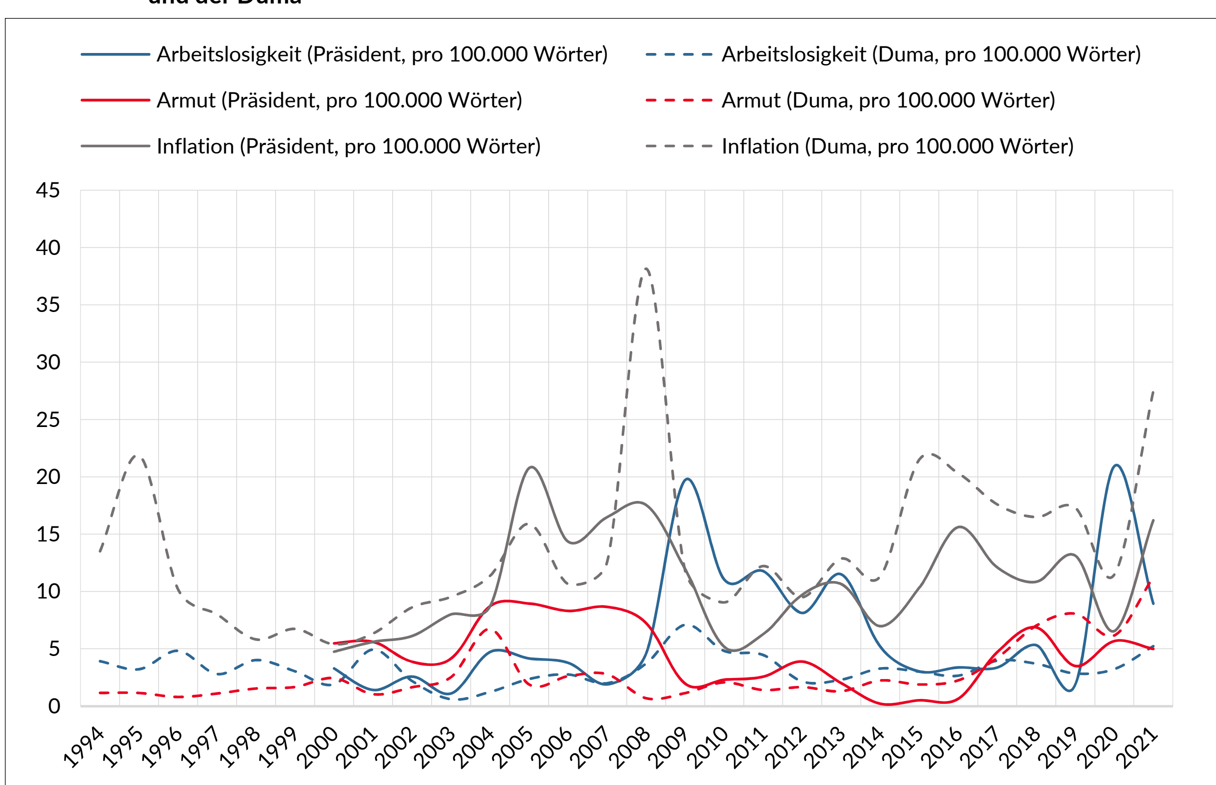
Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er ist Mitglied im SFB 1342 »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik«, der Dekoder bei der Erstellung der Analyse-Tools für die Textdatenbanken unterstützt hat.

Lesetipps

- Bacon, Edwin (2012): Public Political Narratives: Developing a Neglected Source through the Exploratory Case of Russia in the Putin-Medvedev Era, in: Political Studies 60:4, S. 768–786, https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2011.00939.x
- Brand, Martin (2018): Im Schatten der WM: Erhöhung von Renteneintrittsalter und Mehrwertsteuer, in: Russland-Analysen 357, S. 16–17, http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen357.pdf
- Hutcheson, Derek S. / Petersson, Bo (2016): Shortcut to Legitimacy: Popularity in Putin's Russia, in: Europe-Asia Studies, 68:7, S. 1107–1126, https://doi.org/10.1080/09668136.2016.1216949
- Maltseva, Elena (2016): Framing a welfare reform: the social benefits reform in Russia and Kazakhstan, in: Canadian Slavonic Papers 58:3, S. 229–256, https://doi.org/10.1080/00085006.2016.1202427
- Robinson, Neil (2013): Russia's response to crisis: The paradox of success, in: Europe-Asia Studies, 65:3, S. 450–472, https://doi.org/10.1080/09668136.2013.779462
- Sirotkina, Elena / Zavadskaya, Margarita (2020): When the party's over: political blame attribution under an electoral authoritarian regime, in: Post-Soviet Affairs, 36:1, S. 37–60, https://doi.org/10.1080/1060586X.2019.1639386
- Yudin, Greg (2020): Governing throug polls. Politics of representation and presidential support in Putin's Russia, in: Javnost. The Public, 27:1, S. 2–16, https://doi.org/10.1080/13183222.2020.1675434

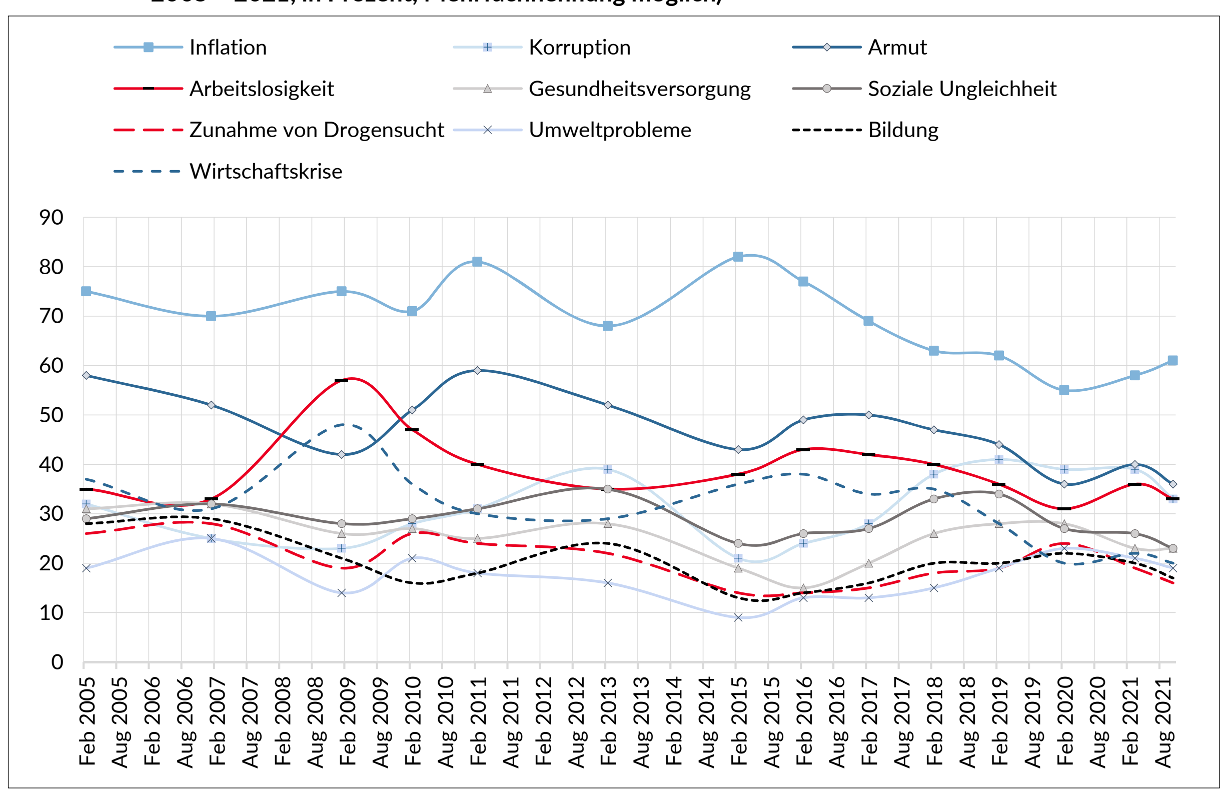
Grafik 1: Sozialpolitik. Die Wörter »Arbeitslosigkeit«, »Armut« und »Inflation« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Arbeitslosigkeit (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Arbeitslosigkeit (Duma, pro 100.000 Wörter)	Armut (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Armut (Duma, pro 100.000 Wörter)	Inflation (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Inflation (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		3,91		1,15		13,5
1995		3,21		1,14		21,85
1996		4,82		0,79		10,18
1997		2,79		1,09		8
1998		4,01		1,53		5,81
1999		3,03		1,66		6,73
2000	3,28	1,89	5,47	2,44	4,74	5,39
2001	1,4	4,93	5,6	1,03	5,6	6,33
2002	2,57	2,18	3,86	1,64	6,11	8,61
2003	1,1	0,59	4,14	2,53	8	9,53
2004	4,72	1,23	8,72	6,72	8,72	11,37
2005	4,15	2,36	8,94	1,88	20,76	15,9
2006	3,77	2,75	8,3	2,6	14,34	10,64
2007	1,89	1,99	8,65	2,77	16,48	12,58
2008	4,6	3,71	7,23	0,68	17,54	38,15
2009	19,72	7,09	1,94	1,13	11,94	11,79
2010	11,04	4,81	2,29	2,06	5,16	9,04
2011	11,77	4,45	2,56	1,4	6,27	12,21
2012	8,12	2,14	3,88	1,65	9,71	9,49
2013	11,49	2,3	2	1,29	10,65	12,86
2014	5,18	3,27	0,2	2,23	6,97	11,31
2015	3,02	3	0,5	1,88	10,31	21,49
2016	3,37	2,65	0,63	2,24	15,61	20,31
2017	3,36	3,96	4,7	4,2	12,09	17,59
2018	5,31	3,69	6,86	7,01	10,84	16,48
2019	1,85	2,84	3,49	8,06	13,12	17,3
2020	20,92	3,22	5,67	6,16	6,54	11,46
2021	8,93	5,22	4,98	11,26	16,2	27,47

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, *und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

Grafik 2: Umfrageergebnisse zu den drängendsten Problemen der russischen Gesellschaft (Lewada-Zentrum, 2005 – 2021, in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



	Feb. 2005	Jan. 2007	Jan. 2009	Feb. 2010	Feb. 2011	Feb. 2013	Feb. 2015	Feb. 2016	Feb. 2017	Feb. 2018	Feb. 2019	Feb. 2020	März 2021	Okt. 2021
Inflation	75	70	75	71	81	68	82	77	69	63	62	55	58	61
Korruption	32	25	23	28	31	39	21	24	28	38	41	39	39	33
Armut	58	52	42	51	59	52	43	49	50	47	44	36	40	36
Arbeitslosigkeit	35	33	57	47	40	35	38	43	42	40	36	31	36	33
Gesundheits-versorgung	31	32	26	27	25	28	19	15	20	26	28	28	23	23
Soziale Ungleichheit	29	32	28	29	31	35	24	26	27	33	34	27	26	23
Zunahme von Drogensucht	26	28	19	26	24	22	14	14	15	18	19	24	19	16
Umweltprobleme	19	25	14	21	18	16	9	13	13	15	19	23	21	19
Bildung	28	29	21	16	18	24	13	14	16	20	20	22	20	17
Wirtschaftskrise	37	31	48	36	30	29	36	38	34	35	28	20	22	20

Quellen: Samye Ostrye Problemy (Die drängendsten Probleme), Lewada-Zentrum, 05.03.2020, https://www.levada.ru/2020/03/05/samye-ostrye-problemy-4/; *Problemy Obschtschestwa (Die Probleme der Gesellschaft), Lewada-Zentrum, 09.03.2021,* https://www.levada.ru/2021/03/09/problemy-obshhestva/; *Problemy Obschtschestwa (Die Probleme der Gesellschaft), Lewada-Zentrum, 21.10.2021,* https://www.levada.ru/2021/10/21/problemy-obshhestva-2/

Vollständiger Datensatz: Levada Center (2021): Social issues in the perception of the Russian population (Public Opinion Polls by the Levada Center), v. 1.0, Discuss Data, doi:10.48320/C4086BBB-9081-464F-99F5-7B9AD6EFFFD2

KOMMENTAR

Das Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Regionen in der Rhetorik des russischen Präsidenten und der Staatsduma

Ekaterina Paustyan (Universität Bremen)

Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Russischen Föderation im Jahr 2000 hat Wladimir Putin eine Reihe Reformen initiiert, die den Einfluss des Zentrums in den Regionen stärken sollten. Die Unterteilung des Landes in sieben Föderalbezirke und die Ernennung von Bevollmächtigten Vertretern des Präsidenten in jedem von ihnen war eine der ersten Reformen des föderalen Systems. Eine Analyse der Wortfrequenzen ergibt, dass die Wortkombination »Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten« allmählich seltener wird: Nach 13 Erwähnungen durch den Präsidenten im Jahr 2000 erfolgte ein Rückgang auf eine Erwähnung 2021. Eine ähnliche Entwicklung erfolgte bei der Erwähnung von »Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten« durch die Staatsduma, nämlich ein Rückgang von 271 auf 7 Erwähnungen im gleichen Zeitraum. Diese Tendenz verweist darauf, dass die Einführung der Institution des Bevollmächtigten Vertreters ursprünglich die Schaffung eines zusätzlichen Mechanismus zur Kontrolle über die Regionen sein sollte, dass diese Institution aber nur einen geringen Einfluss auf das Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen hatte und hat.

Der nächste wichtige Schritt unter Wladimir Putin auf dem Weg hin zu einem stärkeren Einfluss des Zentrums war die Reform des Föderationsrates, des Oberhauses des russischen Parlaments. Dem Föderationsrat hatten seit 1996 aus jeder Region jeweils zwei Vertreter angehört, nämlich der Gouverneur und der Vorsitzende des Regionalparlaments. Gemäß dieser Reform sollten ab 2002 jeweils zwei Delegierte pro Region im Föderationsrat vertreten sein, die vom Regionalparlament und dem Gouverneur zu bestätigen waren. Die Häufigkeit, mit der der Präsident den Föderationsrat erwähnt, hat abgenommen, von 34 Mal im Jahr 2000 auf 9 Mal 2021. In der Staatsduma wurde »Föderationsrat« 2000 1454 Mal erwähnt und nur 202 Mal im Jahr 2021. Diese Tendenz zeugt davon, dass das Oberhaus im Laufe der letzten 20 Jahre aufgehört hat, bei der Gestaltung der politischen Agenda irgendeine wichtige Rolle zu spielen. Und es hat die Funktion einer Institution verloren, die es den Regionen erlauben würde, an der Verwaltung des Landes zu partizipieren und einen gemeinsamen politischen Kurs auszuarbeiten. Mit dem Verlust ihrer Sitze im Föderationsrat verloren die Gouverneure auch ihre Immunität vor Strafverfolgung und wurden den föderalen Sicherheitsbehörden gegenüber verwundbarer.

Im September 2004 unternahm Wladimir Putin nach dem Terroranschlag in Beslan den Vorstoß, die Direktwahl der Gouverneure abzuschaffen. Das sollte seiner Ansicht nach die »Einigkeit des Landes« stärken. Daraufhin wurden die Gouverneure der Regionen von 2005 bis 2012 durch die Präsidialadministration ernannt. Das Wort »Gouverneur« wurde 2011 unter Präsident Medwedew am häufigsten erwähnt, nämlich 150 Mal. Von der Staatsduma wurde »Gouverneur« am häufigsten 2012 erwähnt (527 Mal), was wohl auf die Diskussion um die Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure zurückzuführen ist. 2012 wurde die Direktwahl der Gouverneure zwar wieder eingeführt, doch behielt sich der Präsident das Recht vor, die vom Volk gewählten Gouverneure abzusetzen, wenn sie das Vertrauen des Präsidenten verlieren. Dadurch war der Posten des Gouverneurs zwar ein Wahlamt, doch wurden die Gouverneure jetzt doppelt verantwortlich, gegenüber den Wählern in der Region und dem russischen Präsidenten.

Die Reformen Anfang der 2000er Jahre sollten den Einfluss des Zentrums in den Regionen stärken und die Gouverneure schwächen. Im September 2000 hatte Präsident Putin allerdings den Staatsrat geschaffen, ein neues Beratungsgremium, in dem sämtliche Gouverneure vertreten sind. Vorsitzender des Staatsrates ist der Präsident. Der Rat tagt alle drei Monate. Das Gremium ermöglicht es den Gouverneuren zwar, auf föderaler Ebene Lobbyarbeit für die Interessen ihrer Regionen zu betreiben, doch ist vielfach unterstrichen worden, dass der Rat lediglich über symbolische und nicht über reale Macht verfügt. Die Häufigkeit, mit der der Präsident den Begriff »Staatsrat« erwähnt, zeigt zwei Spitzenwerte: 42 Erwähnungen 2000, als das Gremium auf Initiative des Präsidenten geschaffen wurde, und 55 Erwähnungen 2020. Die Zahl der Erwähnungen von »Staatsrat« durch die Staatsduma zeigt ein ähnliches Bild: 91 Erwähnungen 2000 und 133 Erwähnungen 2020. Im gleichen Jahr schlug Präsident Putin vor, den Status des Staatsrates in der Verfassung der Russischen Föderation zu verankern, was dann auch im Zuge der anschließenden Verfassungsreform vollzogen wurde.

Darüber hinaus wurde Anfang der 2000er Jahre das Prinzip verändert, nach dem die Einnahmen der Regionen gestaltet werden. Bis Mitte der 2000er Jahre gingen daraufhin die Steuereinnahmen, die in die regionalen Haushalte flossen, von 50 auf 38 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg die Abhängigkeit der Haushaltseinnahmen in den Regionen von föderalen Transferleistungen von 11–13 Prozent auf 27 Prozent im Jahr 2009.

Dabei liegt der Anteil der föderalen Transferzahlungen in einigen regionalen Haushalten deutlich über 50 Prozent. In den 2010er Jahren stieg die Zahl der Erwähnungen von »regionaler Haushalt« durch den Präsidenten an und erreichte 2020 ihren Höhepunkt (14 Mal). Die Erwähnung des Begriffs durch die Staatsduma erreichte 2017 einen Höhepunkt (231 Mal). Diese Entwicklung belegt die gestiegene Abhängigkeit der Regionen vom Zentrum. Das System der Transferzahlungen zwischen den Haushalten ist zwar nicht auf eine Art gestaltet, dass es die regionale Entwicklung stimuliert, doch hat die föderale Hilfe während der Coronapandemie den meisten Regionen geholfen, die Haushaltskrise zu bewältigen.

Die Reformen der ersten Hälfte der 2000er Jahre haben das Kräftegleichgewicht zwischen Zentrum und Regionen zugunsten des ersteren verschoben. Dadurch ist der Föderalismus, der die Möglichkeit eines institutionellen Aushandelns der Belange zwischen den unterschiedlichen Ebenen staatlicher Macht vorsieht, nicht mehr das grundlegende Prinzip der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen. Diese Schlussfolgerung wird durch die Dynamik der Häufigkeit, mit der der Präsident wie auch die Staatsduma den Begriff »Föderalismus« verwendeten, vollauf bestätigt. Seit 2004 ist die Zahl der Erwähnungen von »Föderalismus« durch den Präsidenten praktisch auf null gesunken, 2021 hat der Präsident lediglich zwei Mal den »Föderalismus« erwähnt. Was die Staatsduma anbelangt, so wurde der Begriff dort 2021 nur drei Mal verwandt. Die Regionen werden zwar vom Zentrum nicht als Partner wahrgenommen, mit denen man formal bestimmte Dinge aushandeln muss, doch sind es gerade die Regionen, die bei der Stabilisierung des autoritären Regimes in Russland eine sehr wichtige Rolle spielen. Dadurch ergibt sich unausweichlich ein Feilschen um informelle Deals zwischen Zentrum und Regionen.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

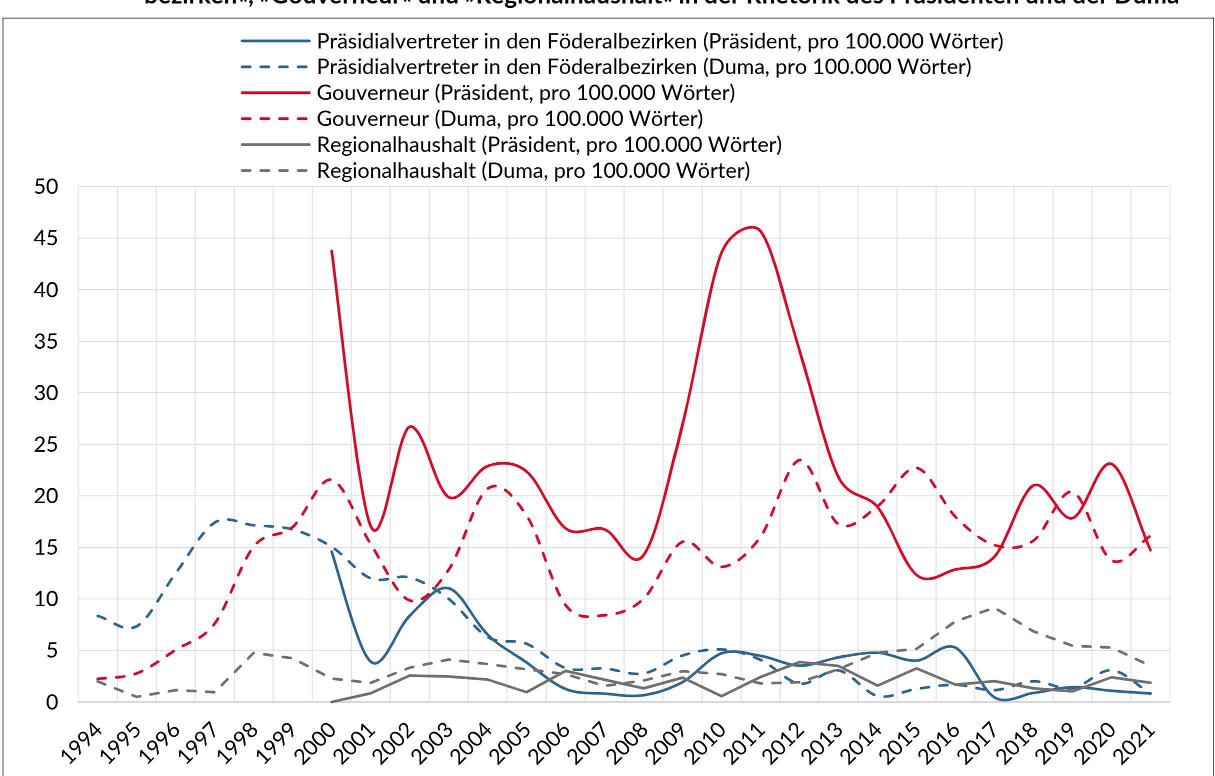
Über die Autorin

Ekaterina Paustyan ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Bremen. Sie wurde 2020 an der Zentraleuropäischen Universität in den Politikwissenschaften promoviert. Ihr Forschungsinteresse gilt vor allem der Landes- und Regionalentwicklung und dem Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen in Russland.

Lesetipps

- Busygina, Irina / Mikhail Filippov (2021): COVID and Federal Relations in Russia, in: *Russian Politics*, 6.2021, Nr. 3, S. 279–300. https://doi.org/10.30965/24518921-00603001.
- Paustyan, Ekaterina (2018): Perspectives: Gubernatorial Turnover in the Russian Regions, 2005–2012, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 26.2018, Nr. 3, S. 427–33. https://muse.jhu.edu/article/699573.
- Petrov, Nikolai (2002): Seven Faces of Putin's Russia: Federal Districts as the New Level of State–Territorial Composition, in: *Security Dialogue*, 33.2002, Nr. 1, S.73–91. https://doi.org/10.1177/0967010602033001006.
- Turovsky, Rostislav (2007): The Mechanism of Representation of Regional Interests at the Federal Level in Russia: Problems and Solutions, in: *Perspectives on European Politics and Society*, 8.2007, Nr. 1, S. 73–97. https://doi.org/10.1080/15705850701204129.
- Zubarevich, Natalia (2018): Regional and Local Government, in *Russia: Strategy, Policy and Administration*, Irvin Studin (Hrsg.), S. 367–80. London: Palgrave Macmillan UK. https://doi.org/10.1057/978-1-137-56671-3_32.

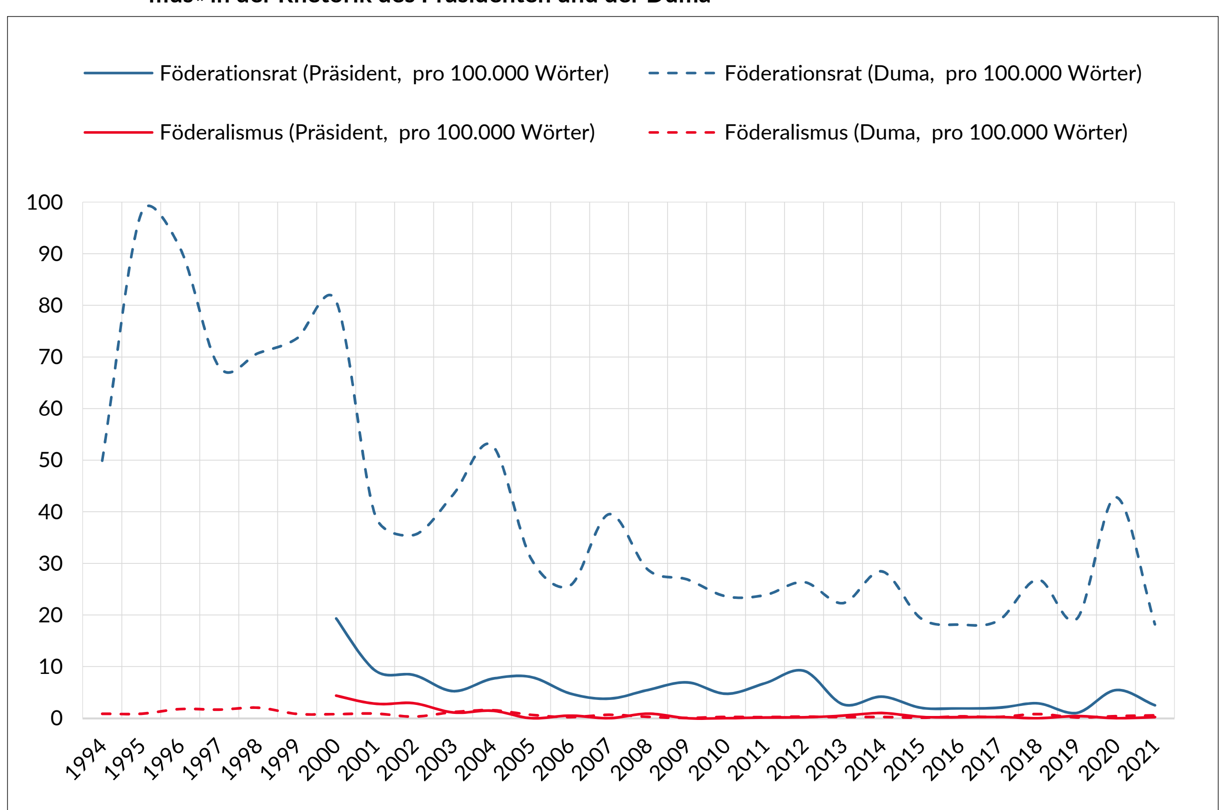
Grafik 1: Die Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen. Die Wörter »Präsidialvertreter in den Föderalbezirken«, »Gouverneur« und »Regionalhaushalt« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Präsidialvertreter in den Föderalbezirken (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Präsidialvertreter in den Föderalbezirken (Duma, pro 100.000 Wörter)	Gouverneur (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Gouverneur (Duma, pro 100.000 Wörter)	Regionalhaushalt (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Regionalhaushalt (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		8,35		2,24		2
1995		7,35		2,78		0,5
1996		12,5		5,06		1,16
1997		17,41		7,62		0,95
1998		17,15		15,08		4,77
1999		16,74		16,98		4,25
2000	14,58	15,06	43,75	21,56	0	2,28
2001	3,92	12	17,08	15,33	0,84	1,85
2002	8,36	12,08	26,7	9,86	2,57	3,33
2003	11,04	10,01	19,87	12,83	2,48	4,12
2004	6,54	6,3	22,89	20,7	2,18	3,68
2005	3,83	5,65	22,36	18,08	0,96	3,18
2006	1,26	3,3	16,85	9,39	3,02	2,7
2007	0,81	3,25	16,75	8,42	2,16	1,56
2008	0,66	2,77	14,25	10,02	1,32	2,09
2009	1,94	4,52	26,95	15,55	2,36	2,98
2010	4,73	5,1	43,6	13,11	0,57	2,71
2011	4,48	4,09	45,67	16,04	2,43	1,81
2012	3,53	1,78	34,08	23,47	3,88	1,92
2013	4,33	3,06	21,81	17,26	3,5	3,19
2014	4,78	0,59	18,92	18,99	1,59	4,77
2015	4,02	1,27	12,33	22,71	3,27	5,16
2016	5,27	1,67	12,86	17,96	1,69	7,83
2017	0,45	1,15	14,11	15,22	2,02	9,15
2018	0,88	2,01	21,01	15,66	1,33	6,85
2019	1,44	1,33	17,84	20,38	1,03	5,45
2020	1,09	3,08	23,1	13,74	2,4	5,29
2021	0,83	0,81	14,74	16,12	1,87	3,51

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, *und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

Grafik 2: Die Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen. Die Wörter »Föderationsrat« und »Föderalismus« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Föderationsrat (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Föderationsrat (Duma, pro 100.000 Wörter)	Föderalismus (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Föderalismus (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		49,91		0,86
1995		97,82		0,86
1996		91,02		1,77
1997		68,04		1,66
1998		70,73		2,03
1999		73,63		0,83
2000	19,32	80,78	4,37	0,78
2001	9,24	39,3	2,8	0,9
2002	8,36	35,52	2,89	0,31
2003	5,24	43,32	1,1	1,18
2004	7,63	52,88	1,45	1,55
2005	7,98	30,91	0	0,65
2006	4,78	25,71	0,5	0,2
2007	3,78	39,53	0	0,66
2008	5,48	28,75	0,88	0,26
2009	6,94	26,89	0	0,05
2010	4,73	23,6	0	0,25
2011	6,78	23,85	0,13	0,21
2012	9,18	26,37	0,18	0,31
2013	2,66	22,3	0,5	0,2
2014	4,18	28,44	1	0,23
2015	2,01	19,33	0,25	0,09
2016	1,9	18,13	0,21	0,35
2017	2,02	18,98	0,22	0,24
2018	2,87	26,86	0	0,8
2019	1,03	19,29	0,41	0,14
2020	5,45	42,82	0	0,4
2021	2,49	18,19	0,21	0,54

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, *und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

KOMMENTAR

Nationalitätenpolitik: Russländische Nation versus russisches Volk?

Ulrich Schmid (Universität St. Gallen)

Im Juli 2020 bestätigte das russische Volk in einem Referendum eine umfangreiche Verfassungsreform. Eine der Änderungen betrifft auch die Frage nach der nationalen Identität des Vielvölkerstaates Russland. Das russische Volk ist nun offiziell als das »staatsbildende Volk« im Grundgesetz verankert. Diese Maßnahme bildet den vorläufigen Höhepunkt einer bereits seit zehn Jahren laufenden Entwicklung. Präsident Putin führte das Konzept des *Russkij Mir* in seiner zweiten Amtszeit in den öffentlichen Diskurs ein, ergänzte es in seiner dritten Amtszeit durch die Idee der »Russländischen Nation mit russischem Kulturkern« und kombinierte dabei die Formulierungen »russisches Volk« und »russländisches Volk«.

Im Russischen gibt es zwei Adjektive, deren Bedeutungen nahe beieinander liegen und doch ganz unterschiedliche Dinge bezeichnen: russkij und rossijskij. Russkij heißt »russisch« in einem ethnisch-nationalen Sinn, während rossijskij eine staatsbürgerliche Dimension aufweist und im Deutschen mit »russländisch« übersetzt werden kann. Der offizielle Staatsname lautet deshalb Russländische Föderation und bezeichnet ein administratives Gebilde mit 85 sogenannten Föderationssubjekten – einschließlich der beiden völkerrechtlich nicht anerkannten Einheiten der Republik Krim und der Stadt Sewastopol.

Wahrscheinlich ist der zweite Tschetschenienkrieg der Grund, weshalb Putin den Begriff der Nationalitätenpolitik in seinen ersten zwei Amtszeiten nicht besonders prominent verwendete. In der Duma hingegen taucht das Thema mit hoher Konstanz auf. Alle Parteien beschäftigen sich mit der Nationalitätenpolitik, am intensivsten aber die populistische LDPR unter der Führung des Chauvinisten Wladimir Schirinowskij. Putin nahm das Thema der Nationalitäten nach dem offiziellen Ende des Tschetschenienkrieges 2009 wieder auf. Für Putin rückte mit der Einführung des ideologischen Konzeptes des *Russkij Mir* die Rolle der nichtrussischen Nationalitäten im föderalen Staat in den Vordergrund. In der Folge widmete Putin 2012 einen seiner programmatischen Wahlkampfartikel der Nationalitätenpolitik. In der Duma spielt der Begriff *Russkij Mir* hingegen kaum eine Rolle – eine kurzlebige Ausnahme bildet der patriotische Rausch nach der Annexion der Krim 2014.

Über die »Russländische Nation mit russischem Kulturkern« begann Putin erst in seiner zweiten Amtszeit zu sprechen. Es ging ihm um die ideologische Sicherung der Russländischen Föderation, die er vor dem Schicksal der Sowjetunion bewahren wollte, die letztlich entlang ethnischer Linien auseinandergebrochen war. Die Idee einer staatsbildenden russländischen Nation mit einem »russischem Kulturkern« wurde zu dieser Zeit allerdings nur in den öffentlichen Diskurs eingespielt, noch ohne besondere Prominenz zu erlangen. Als Reaktion auf russisch-nationalistische Tendenzen in der Gesellschaft hob Putin 2016 den »russischen Kulturkern« der »russländischen Nation« hervor. Anders als noch in den 1990ern geht der ethnisch-russische Nationalismus in diesem Konzept aber nicht mehr in einer supranationalen Identität auf. Vielmehr soll er das Bindeglied des fragilen russländischen Vielvölkerstaates sein. Die Russländische Föderation ist aus dieser Perspektive mehr als nur ein Bundesstaat mit einer verrechtlichten Beziehung zu den einzelnen Föderationssubjekten. Die russische Sprache und Kultur sollen den gesellschaftlichen Kitt zwischen den unterschiedlichen Ethnien bilden.

Im Jahr 2016 kündigte Präsident Putin dann sogar ein »Gesetz über die russländische Nation« an. Das Thema konnte sich aber nicht wirklich entfalten. Manche Teilrepubliken, in denen Russen keine Mehrheit bilden – wie etwa Dagestan, Tatarstan oder Jakutien – sahen darin kein supranationales Konzept, sondern vielmehr eine Bedrohung ihrer eigenen kulturellen Grundlagen. Da auch immer mehr Machtbefugnisse von den Regionen ans Zentrum übergingen, befürchteten sie nun zusätzlich eine russische Dominanz.

In der Duma wurde das Thema der »russländischen Nation« nicht wirklich dominant. Bezeichnenderweise veränderte sich aber die parteiliche *Ownership* des Themas. Vor 2016 sprachen vor allem die Kommunisten über die »russländische Nation«, während sich nach 2016 die Abgeordneten der Regierungspartei Einiges Russland am häufigsten über dieses Thema äußerten.

Der »russische Kulturkern« des Konzepts ist eng mit der russisch-orthodoxen Kirche verbunden. Die Orthodoxie ist eine wichtige symbolische Machtressource für den Kreml. Im Vorfeld von Wahlen bezog sich Wladimir Putin jeweils in auffälliger Weise auf die orthodoxe Religion. Interessanterweise ist die Orthodoxie für die Regierungspartei Einiges Russland kein prominentes Thema. Viel öfter sprachen Kommunisten und Nationalisten der LDPR über die Orthodoxie. Möglicherweise wichen die Vertreter der Regierungspartei dem Thema der orthodoxen Religion aus, weil es das Risiko einer Spaltung des angestrebten einheitlichen russländischen Staatsvolkes birgt.

In Putins Reden ist neben der Orthodoxie allerdings auch der Islam von großer Bedeutung. Der Präsident setzt die Rede über den Islam auch ein, um eine vermeintliche Überlegenheit gegenüber Westeuropa zu postulieren: Die Russländische Föderation verfüge über eine viel längere Erfahrung mit der Integration des Islams in die Gesellschaft als die westeuropäischen Staaten, die von muslimischer Migration überfordert seien.

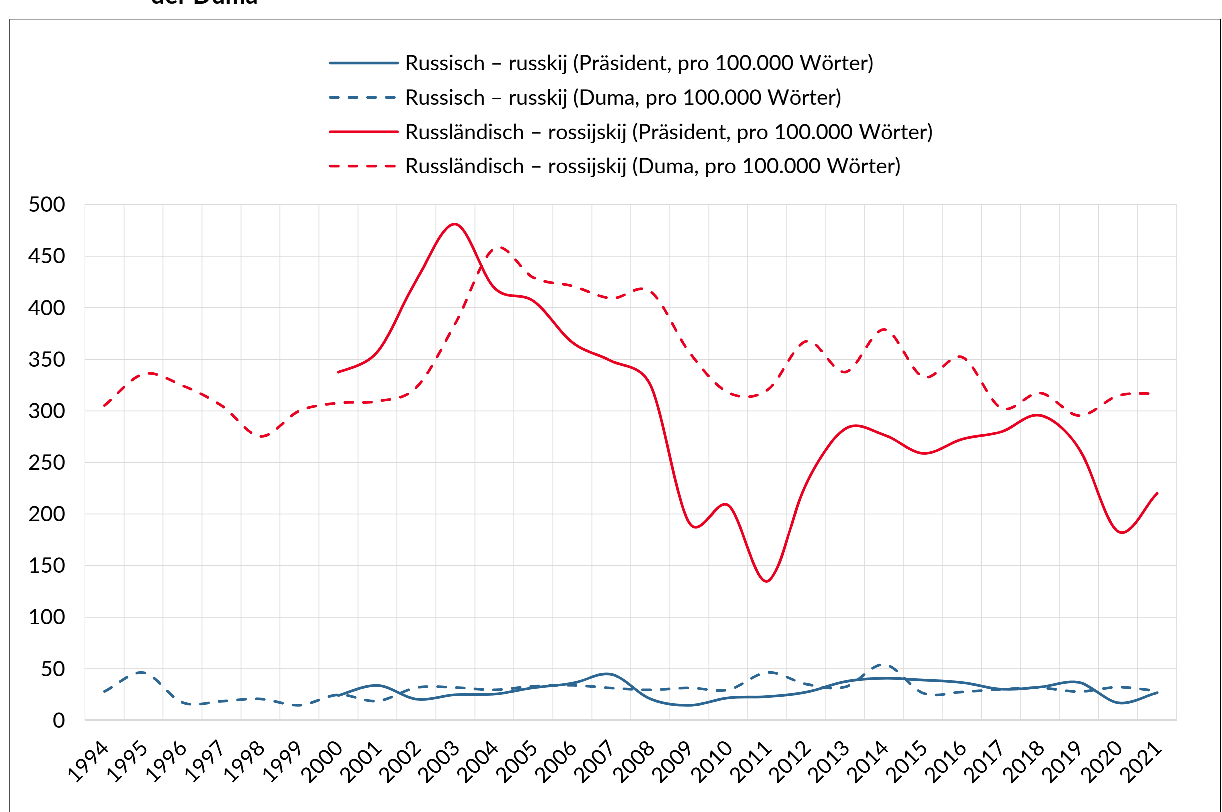
Putins Interesse für den Islam im Jahr 2015 ist vor allem auf das militärische Engagement Russlands in Syrien zurückzuführen, was aus dem Vergleich mit dem Lemma Islamischer Staat sichtbar wird. Die häufige Thematisierung des Islam hat allerdings auch mit der verstärkten Rhetorik von der »russländischen Nation« zu tun, in der demnach nicht nur viele Nationen, sondern auch Religionen harmonisch koexistieren. In der Duma spielt der Islam jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Diese Zurückhaltung ist auf den gesellschaftlichen Konsens in Russland zurückzuführen, dass Minderheitskonfessionen im gesellschaftlichen Zusammenleben keine Rolle spielen sollen.

Eng verzahnt mit dem Nationalitätenkonzept ist in den Reden Putins das Thema Identität, das in den letzten zwanzig Jahren einen stetigen Anstieg verzeichnet. Fast während der ganzen Regierungszeit dominiert der politisch korrekte Begriff »Russländisches Volk«, der alle Bürger der Russländischen Föderation unabhängig von ihrer Ethnie umfasst. Im Zuge der patriotischen Hochstimmung nach der Krim-Annexion erlebt aber auch der Begriff Russisches Volk wieder eine Renaissance. Der Grund dafür ist die Annahme einer historischen Vorreiterrolle des »russischen Volks«. In einer Sitzung des Rats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und für die Menschenrechte erklärte Putin am 10. Dezember 2019, dass das russische Volk selbst aus verschiedenen Völkern entstanden sei, vor allem slawischen, aber auch finno-ugrischen. Nach dieser Logik leitet Putin aus der heterogenen Einheit des »russischen Volks« auch die noch zu schaffende kulturelle Integration des »russländischen Volks« ab. Die Sprachregelung des Präsidenten wird auch weitgehend von den Duma-Mitgliedern der Regierungspartei Einiges Russland aufgenommen. Sie sprechen öfter als Vertreter anderer Parteien vom »russländischen Volk«. Vom »russischen Volk« ist im Parlament kaum die Rede.

Es zeigt sich mithin, dass die politische Rhetorik des Präsidenten nur sehr bedingt vom Parlament aufgenommen wird. Die Analyse zentraler Konzepte zur Nationalitätenpolitik bestätigt den Eindruck, dass der Duma keine Themenführerschaft im politischen Prozess in der Russländischen Föderation zukommt.

Über den Autor
Ulrich Schmid ist Professor für Kultur und Gesellschaft Russlands an der Universität St. Gallen (Schweiz). Der Fokus seiner Forschung liegt auf Politik und Medien in Russland sowie Nationalismus in Osteuropa.

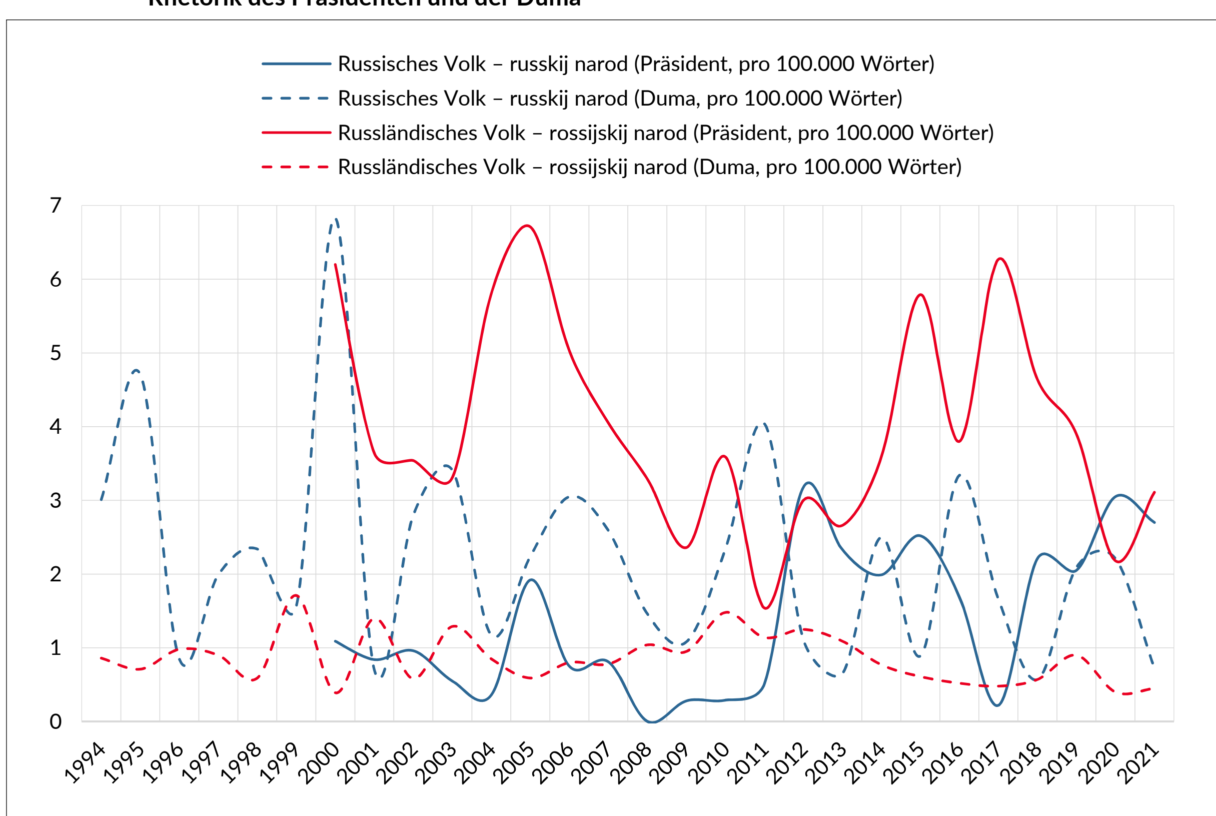
Grafik 1: Nationalitätenpolitik. Die Wörter »russisch« und »russländisch« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Russisch – russkij (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Russisch – russkij (Duma, pro 100.000 Wörter)	Russländisch – rossijskij (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Russländisch – rossijskij (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		28,06		305,31
1995		46,19		335,79
1996		17,31		324,58
1997		18,55		305,21
1998		20,75		275,34
1999		14,69		300,09
2000	24,06	24,78	337,59	307,72
2001	33,88	18,74	357,32	309,39
2002	20,58	31,7	426,82	322,87
2003	24,84	31,84	481,09	384,98
2004	25,43	29,56	419,26	457,49
2005	31,62	33,09	406,57	429,26
2006	35,97	34	366,44	421,12
2007	44,59	31,35	348,32	409,21
2008	20,82	29,54	325,29	415,85
2009	14,58	31,5	191,4	356,86
2010	21,8	29,68	208,41	317,79
2011	23,03	46,46	134,84	320,24
2012	27,37	35,14	229,53	367,51
2013	37,63	32,46	282,69	337,7
2014	40,84	54,15	276,7	378,88
2015	38,99	26,37	258,83	332,95
2016	36,69	27,57	272,67	352,08
2017	30,23	30,08	279,78	302,83
2018	32,29	31,45	295,65	317,36
2019	36,71	27,92	263,1	295,43
2020	17	32,16	183,06	314,79
2021	26,79	28,46	220,1	316,97

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, *und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

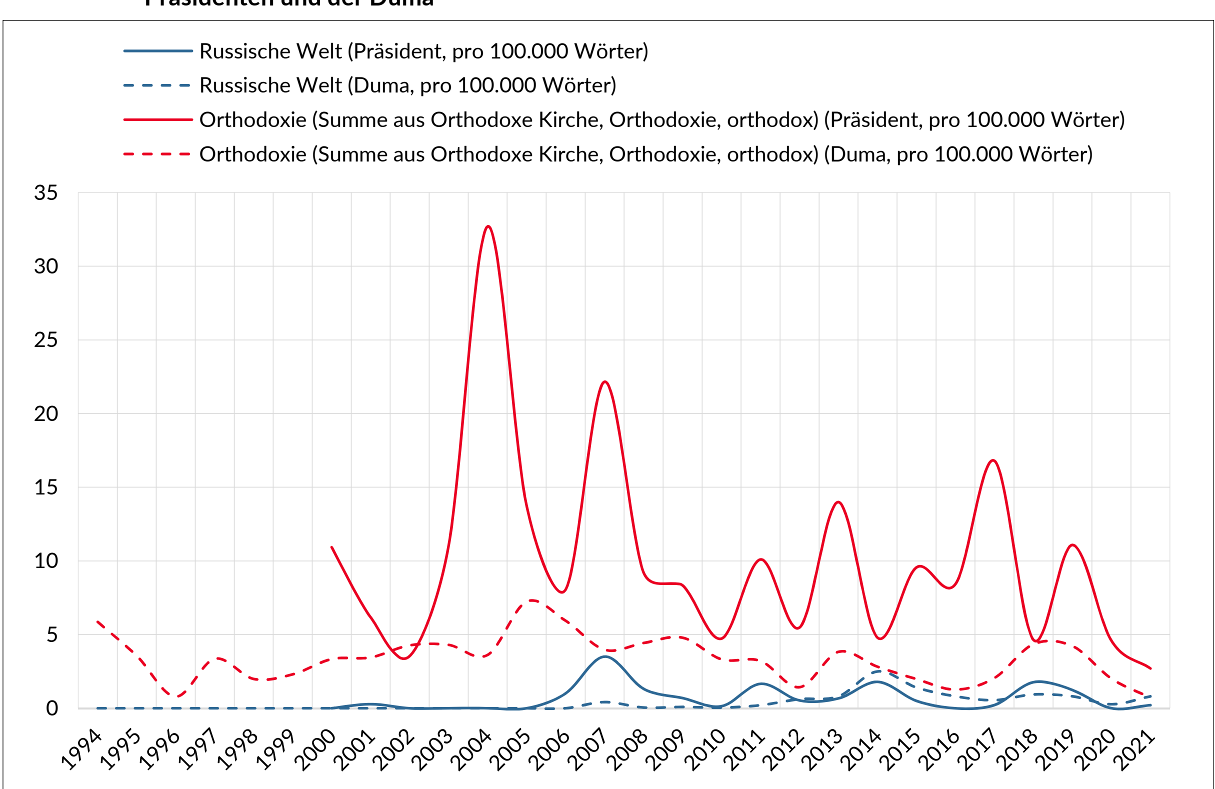
Grafik 2: Nationalitätenpolitik. Die Wortverbindungen »russisches Volk« und »russländisches Volk« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Russisches Volk – russkij narod (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Russisches Volk – russkij narod (Duma, pro 100.000 Wörter)	Russländisches Volk – rossijskij narod (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Russländisches Volk – rossijskij narod (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		3,01		0,86
1995		4,71		0,71
1996		0,85		0,98
1997		1,99		0,9
1998		2,34		0,59
1999		1,56		1,71
2000	1,09	6,83	6,2	0,39
2001	0,84	0,7	3,64	1,4
2002	0,96	2,8	3,54	0,58
2003	0,55	3,41	3,31	1,29
2004	0,36	1,17	5,81	0,85
2005	1,92	2,24	6,71	0,59
2006	0,75	3,05	5,03	0,8
2007	0,81	2,59	4,05	0,78
2008	0	1,46	3,29	1,04
2009	0,28	1,08	2,36	0,95
2010	0,29	2,34	3,59	1,48
2011	0,51	4,04	1,54	1,14
2012	3,18	1,11	3	1,25
2013	2,33	0,65	2,66	1,09
2014	1,99	2,5	3,59	0,77
2015	2,52	0,89	5,79	0,61
2016	1,69	3,34	3,8	0,52
2017	0,22	1,66	6,27	0,48
2018	2,21	0,57	4,64	0,57
2019	2,05	2,09	3,9	0,9
2020	3,05	2,21	2,18	0,4
2021	2,7	0,72	3,11	0,45

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org*, und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

Grafik 3: Nationalitätenpolitik. Die Wortverbindung »Russische Welt« und »Orthodoxie« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Russische Welt (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Russische Welt (Duma, pro 100.000 Wörter)	Orthodoxie (Summe aus Orthodoxe Kirche, Orthodoxie, orthodox), (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Orthodoxie (Summe aus Orthodoxe Kirche, Orthodoxie, orthodox), (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		0		5,86
1995		0		3,56
1996		0		0,79
1997		0		3,36
1998		0		1,99
1999		0		2,3
2000	0	0	10,93	3,34
2001	0,28	0	6,16	3,45
2002	0	0	3,54	4,27
2003	0	0	11,04	4,3
2004	0	0	32,7	3,62
2005	0	0	13,73	7,24
2006	1,01	0	8,05	5,94
2007	3,51	0,42	22,16	3,97
2008	1,32	0,05	9,21	4,43
2009	0,69	0,09	8,34	4,79
2010	0,14	0,04	4,73	3,32
2011	1,66	0,21	10,1	3,21
2012	0,53	0,62	5,48	1,43
2013	0,67	0,81	13,99	3,83
2014	1,79	2,5	4,79	2,82
2015	0,5	1,41	9,56	1,98
2016	0	0,81	8,43	1,27
2017	0,22	0,55	16,79	2,06
2018	1,77	0,94	4,64	4,35
2019	1,23	0,81	11,08	4,22
2020	0	0,27	4,58	2,01
2021	0,21	0,81	2,7	0,72

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, *und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

KOMMENTAR

Russland entdeckt die Energiewende: Ein Sonderweg zur Dekarbonisierung?

Yana Zabanova (Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), Potsdam, und Rijksuniversiteit Groningen)

Auf der Russischen Energiewoche im Oktober 2021 machte Präsident Putin eine verblüffende Ankündigung: Russland werde »spätestens« bis 2060 CO_2-neutral sein. Diese Aussage, die noch vor wenigen Jahren völlig undenkbar gewesen wäre, steht symbolisch für einen qualitativen Wandel in der russischen Debatte über Klimapolitik und Energiewende. Schlagartig sind Begriffe wie Klima, Treibhausgase, Kohlenstoff und Dekarbonisierung in den Fokus der Aufmerksamkeit von Politik, Wirtschaft und Medien gerückt. Ein Vorbote dafür war die Ratifizierung des Pariser Abkommens durch Russland im September 2019 nach sehr langer Verzögerung. Dabei sind die Pariser Verpflichtungen Russlands sehr bescheiden: eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 25–30 % bis 2030 gegenüber 1990 – ein Ziel, das Russland aufgrund des industriellen Abschwungs nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schon nahezu erreicht hat. Viel bedeutsamer in dieser Hinsicht sind die Pläne der EU zur Einführung eines CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) gewesen, welche eine lebendige Debatte zum Thema Dekarbonisierung in Russland entfacht haben. Obwohl der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene CBAM-Mechanismus anfangs auf heftigen Widerstand seitens Russland stieß (und immer noch hauptsächlich als ein geoökonomisches, und kein reines Klima-Instrument wahrgenommen wird), akzeptiert Russland mittlerweile, dass ein CO_2-Grenzausgleich unausweichlich ist und sondiert deswegen Möglichkeiten zur Anpassung. Allein im Jahr 2021 hat Russland zusätzlich zum Ziel der Klimaneutralität vielfältige Maßnahmen getroffen: ein Gesetz zur Begrenzung der Treibhausgasemissionen, das die obligatorische Berichterstattung über Treibhausgasemissionen für große Unternehmen einführt; eine nationale Taxonomie für nachhaltige Finanzierung (»Grüne Taxonomie«), die sich stark am Beispiel der EU orientiert; das Wasserstoffentwicklungskonzept und eine kohlenstoffarme Entwicklungsstrategie. Der Klimawandel wird jetzt in der Nationalen Sicherheitsstrategie erwähnt; die Regierung erwägt die Einführung einer CO_2-Bepreisung, und ein Gesetzentwurf zum sogenannten Sachalin-Experiment (ein Pilotprojekt zur Einführung eines Emissionshandelssystems auf der Insel Sachalin, die Klimaneutralität bis 2025 bestrebt) wird derzeit in der Duma verhandelt.

Diese beispiellose Aufmerksamkeit für die Klimaagenda spiegelt sich auch in den Reden von Präsident Putin wider. Putin mag sich einen Ruf als Skeptiker der Klima- und Energiewende erworben haben, aber er hat seine Haltung im Laufe der Zeit etwas angepasst (https://www.themoscowtimes.com/2021/07/01/skepticism-to-acceptance-how-putins-views-on-climate-change-evolved-over-the-years-a74391) und auch den anthropogenen Faktor des Klimawandels anerkannt. Nichtsdestotrotz betrachtet Putin die Klimapolitik und die Energiewende in erster Linie als Schauplatz für geopolitischen und geoökonomischen Wettbewerb und vertritt aktiv seine eigene Vision von Russlands Platz in einer dekarbonisierten Weltwirtschaft. Diese Vision unterscheidet sich freilich stark von der Energiewende, wie sie die EU mit ihrem *Green Deal* anstrebt. Die Hauptbotschaft ist, dass Russland die Dekarbonisierung zu seinen eigenen Bedingungen vorantreiben und Erdgas bei diesen Bemühungen weiterhin eine Schlüsselrolle spielen wird. Insbesondere Letzteres ist eine tiefe Überzeugung, die angesichts der Energiekrise in Europa in diesem Winter noch stärker geworden ist. Tatsächlich ist eines der Argumente, die Präsident Putin zugunsten der russischen Gaspipeline-Projekte anführt, dass die damit verbundenen CO_2-Emissionen weitaus geringer sind als die von Flüssiggasimporten aus den USA.

Wie plant nun Russland, CO_2-Neutralität zu erreichen? Die vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung entworfene und im November 2021 verabschiedete Strategie zur kohlenstoffarmen Entwicklung enthält einige nennenswerte Details. Wie erwartet plant Russland, seine bestehenden technologischen und natürlichen Vorteile zu nutzen. Das bedeutet, den Anteil von Atom- und Wasserkraft zu erhöhen, massiv in die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlenstoff (Carbon Capture, Usage and Storage, CCUS) zu investieren – Russland verfügt über hervorragende geologische Speicherbedingungen – sowie die CO_2-Aufnahmefähigkeit der Wälder drastisch zu erhöhen. Es ist kein Zufall, dass in den Reden des Präsidenten häufig so scheinbare Fachbegriffe wie »Absorption« und »absorptiv« auftauchen: Russland beharrt darauf, dass die Rolle seiner riesigen Wälder als globale Kohlenstoffsenke erheblich unterschätzt wird, und drängt darauf, dass dies international anerkannt wird. Das Problem ist, dass aufgrund fehlender Überwachung und zuverlässiger Daten niemand wirklich genau weiß, wie viel CO_2 die russischen Wälder absorbieren (und emittieren). Das Thema ist hochpolitisch, deswegen besteht hier die Gefahr, dass *Greenwashing* betrieben wird. Anders gesagt: Russland könnte sich in der globalen Dekarbo-

nisierung eine stärkere Rolle beimessen als ihm wirklich zusteht. In jedem Fall lenkt die übermäßige Fokussierung auf dieses Thema von der Notwendigkeit ab, erneuerbare Energien schneller einzusetzen. Bezeichnenderweise ist Putin eher zurückhaltend, erneuerbare Energien zu erwähnen. Dies spiegelt die untergeordnete Bedeutung der erneuerbaren Energien in Russlands Dekarbonisierungspolitik und die begrenzte installierte Kapazität wider: lediglich ca. 3,5 GW Wind- und Solarkraftanlagen trotz des enormen Potenzials Russlands.

Wasserstoff ist ein weiterer neuer Begriff, der in Putins Reden im Jahr 2021 häufig auftauchte. Russland betrachtet die Idee, CO_2-armen Wasserstoff für den Export zu produzieren, als eine der Möglichkeiten, seine Relevanz in der dekarbonisierten Welt zu bewahren. Der Schwerpunkt würde auf Wasserstoff liegen, der aus Erdgas hergestellt wird – entweder »blauer« Wasserstoff, wo das CO_2 nicht in die Atmosphäre freigesetzt, sondern gespeichert oder industriell verarbeitet wird, oder der weitgehend klimaneutrale, aber noch nicht marktreife »türkise« Wasserstoff, der durch die thermische Spaltung von Erdgas ganz ohne CO_2-Emissionen auskommt. Es besteht auch ein gewisses Interesse an nuklearbasiertem und erneuerbarem Wasserstoff. Das im August 2021 verabschiedete russische Wasserstoffentwicklungskonzept setzt ehrgeizige Exportziele: zwischen 2 und 12 Millionen Tonnen bis 2035 und 15 bis 50 Millionen Tonnen bis 2050. Die EU und der asiatisch-pazifische Raum werden dabei als die wichtigsten Exportziele für Wasserstoff genannt. Darüber hinaus wird in Russland über die potenzielle Nutzung von Wasserstoff im Verkehrssektor und zur Dekarbonisierung der exportorientierten Industriebranchen Russlands zunehmend diskutiert.

Bisher hat die Duma den Themen Klima und Dekarbonisierung eher geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Angesichts des relativ neuen Fokus Russlands auf diesen Themenbereich werden viele der geplanten politischen Dokumente und Gesetzesentwürfe aktuell noch von der Regierung entwickelt und wurden der Duma noch nicht vorgelegt. Darüber hinaus werden technische Fragen eher nicht im Plenum, sondern im Duma-Energieausschuss diskutiert. In der Tat spielt die Dekarbonisierung in den dortigen Diskussionen eine sehr wichtige Rolle. Es ist zu erwarten, dass sich dies im Laufe der Zeit mit fortschreitender Arbeit an den entsprechenden Gesetzesentwürfen auch in den Duma-Debatten widerspiegeln wird.

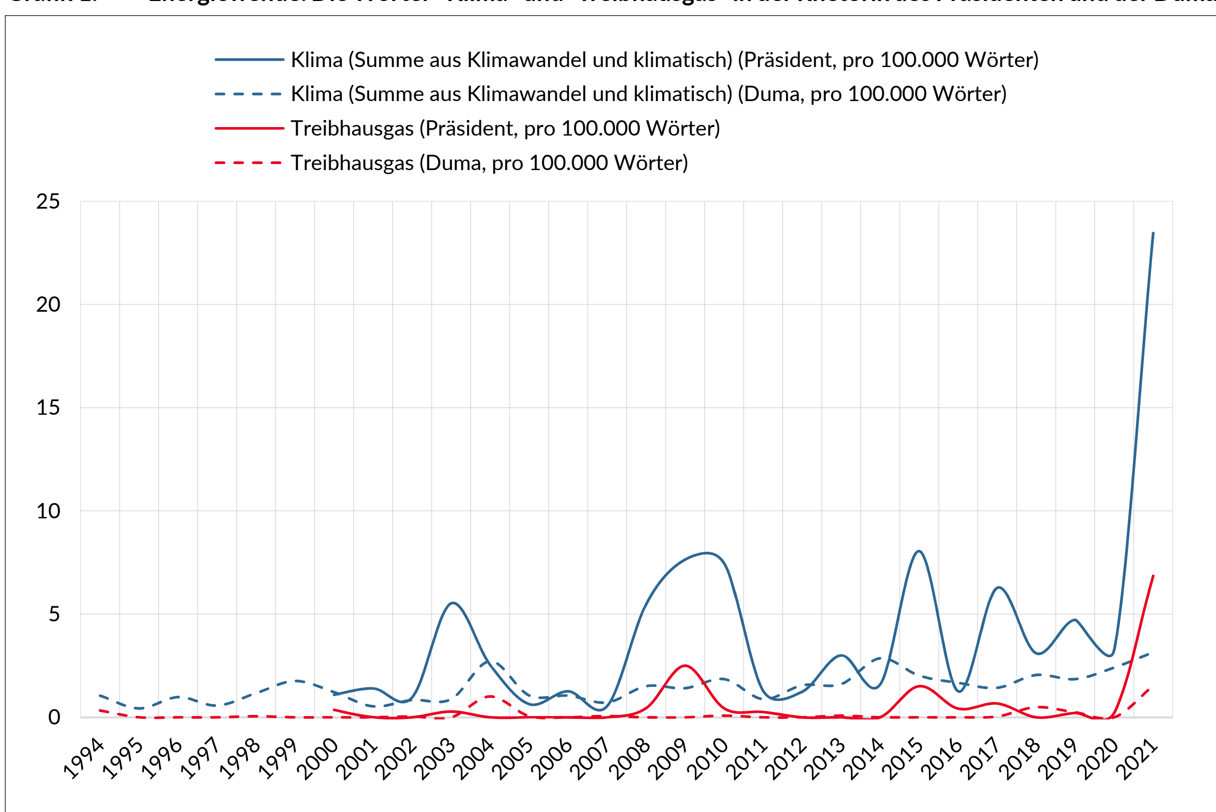
Über die Autorin

Yana Zabanova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IASS Potsdam im Projekt »Geopolitik der Energietransformation: Implikationen einer internationalen Wasserstoffwirtschaft« (GET Hydrogen), wo sie sich auf Wasserstoff-Vorreiterländer konzentriert. Sie promoviert an der Rijksuniversiteit Groningen zu Advocacy-Koalitionen für den Ausbau erneuerbarer Energien in eurasischen Öl- und Gasförderländern am Beispiel Russlands und Kasachstans.

Lesetipps

- Yana Zabanova. Navigating Uncharted Waters: Russia’s Evolving Reactions to the CBAM and the European Green Deal. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., 12.11.2021, abrufbar unter https://www.boell.de/index.php/en/2021/11/12/navigating-uncharted-waters.
- Yana Zabanova, Kirsten Westphal. Russland im globalen Wasserstoff-Wettlauf: Überlegungen zur deutsch-russischen Wasserstoffkooperation. SWP-Aktuell 2021/A 48, 29.06.2021. doi:10.18449/2021A48.

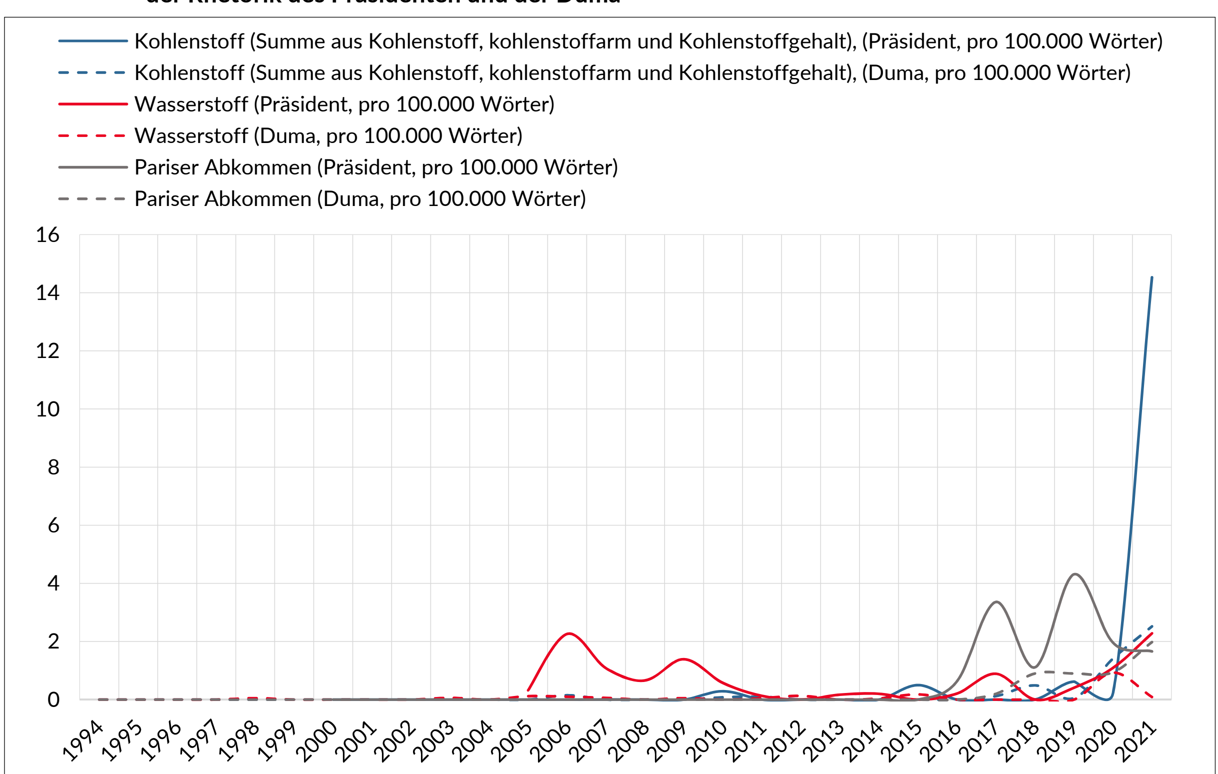
Grafik 1: Energiewende. Die Wörter »Klima« und »Treibhausgas« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Klima (Summe aus Klimawandel und klimatisch), (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Klima (Summe aus Klimawandel und klimatisch), (Duma, pro 100.000 Wörter)	Treibhausgas (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Treibhausgas (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		1,05		0,33
1995		0,43		0
1996		0,98		0
1997		0,57		0
1998		1,17		0,05
1999		1,76		0
2000	1,09	1,22	0,36	0
2001	1,4	0,53	0	0
2002	0,96	0,84	0	0,04
2003	5,52	0,88	0,28	0
2004	2,54	2,72	0	1,01
2005	0,64	1,06	0	0,06
2006	1,26	1,05	0	0
2007	0,54	0,72	0	0,06
2008	5,48	1,51	0,44	0
2009	7,64	1,41	2,5	0
2010	7,46	1,85	0,43	0,08
2011	1,28	0,88	0,26	0
2012	1,24	1,55	0	0
2013	3	1,61	0	0,08
2014	1,59	2,86	0	0
2015	8,05	2,02	1,51	0
2016	1,26	1,67	0,42	0
2017	6,27	1,43	0,67	0,04
2018	3,1	2,05	0	0,49
2019	4,72	1,85	0,21	0,24
2020	3,27	2,41	0,22	0
2021	23,46	3,15	6,85	1,53

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org*, und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

Grafik 2: Energiewende. Die Wortverbindungen »Kohlenstoff«, »Wasserstoff« und »Pariser Abkommen« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Kohlenstoff (Summe aus Kohlenstoff, kohlenstoffarm und Kohlenstoffgehalt), (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Kohlenstoff (Summe aus Kohlenstoff, kohlenstoffarm und Kohlenstoffgehalt), (Duma, pro 100.000 Wörter)	Wasserstoff (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Wasserstoff (Duma, pro 100.000 Wörter)	Pariser Abkommen (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Pariser Abkommen (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		0		0		0
1995		0		0		0
1996		0		0		0
1997		0		0		0
1998		0		0,05		0
1999		0		0		0
2000	0	0		0	0	0
2001	0	0		0	0	0
2002	0	0		0	0	0
2003	0	0		0,06	0	0
2004	0	0		0	0	0
2005	0	0	0,32	0,12	0	0
2006	0	0,15	2,26	0,1	0	0
2007	0	0	1,08	0,06	0	0
2008	0	0	0,66	0	0	0
2009	0	0	1,39	0,05	0	0
2010	0,29	0,08	0,57	0	0	0
2011	0	0,1	0,13	0,05	0	0
2012	0	0	0	0,13	0	0
2013	0	0	0,17	0	0	0
2014	0	0	0,2	0,04	0	0
2015	0,5	0	0	0,18	0	0
2016	0	0	0,21	0	0,63	0
2017	0	0,12	0,89	0	3,36	0,2
2018	0	0,49	0	0	1,11	0,9
2019	0,62	0,05	0,41	0	4,31	0,9
2020	0,22	1,41	1,09	0,93	1,96	0,94
2021	14,53	2,52	2,28	0,09	1,66	1,98

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, und dekoder-Special »Die Duma spricht«, https://duma.dekoder.org.

KOMMENTAR

Die Ukraine in der Rhetorik russischer Präsidenten und der Staatsduma

Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS); Humboldt-Universität, Berlin)

Zwei Ereignisse – die Annexion der Krim 2014 und der Krieg in der Ostukraine, der im Frühjahr 2014 begann und bisher etwa 14.000 Todesopfer gefordert hat – haben die Politik und das Selbstverständnis Russlands maßgeblich beeinflusst und die Konfrontation zwischen Russland und der EU, den USA und der NATO zugespitzt. Trotz der zentralen Bedeutung dieser miteinander verknüpften Ereignisse, spielten explizite Nennungen der Ukraine und der Krim in den Reden von Präsident Wladimir Putin und in den Redebeiträgen der Duma-Abgeordneten nur punktuell eine größere Rolle. So ist der Zeitraum von den Euromaidan-Demonstrationen ab Ende 2013 bis zur Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in Teilen des Donbas durch zahlreiche Nennungen der Ukraine gekennzeichnet. Die bis 2017 wieder abflachende Kurve in der Anzahl der expliziten Bezüge veranschaulicht jedoch, wie schnell die Integration der Krim in die Russländische Föderation aus Sicht der russischen Eliten und der Gesellschaft trotz internationaler Nichtanerkennung und großer finanzieller Kosten als abgeschlossen galt und somit in der Logik des Kreml keine besondere rhetorische Aufmerksamkeit erforderte. Eher im Gegenteil: Je weniger Russ:innen von den Opfern im Donbas und den Größenordnungen der Subventionen für die Krim aus dem russischen Staatshaushalt erfahren, umso besser für den internen Systemerhalt.

Ein Vergleich der Äußerungen von Präsident Wladimir Putin und Duma-Abgeordneten zeigt darüber hinaus, dass Putin die narrative Linie vorgibt, auf die die in der Duma vertretenen Parteien reagieren (müssen). Sie greifen die Rhetorik auf und halten sie auf dem für nötig erachteten Niveau auf der Agenda. Die Parteien der Systemopposition (LDPR, KPRF, *Gerechtes Russland*) und die Regierungspartei *Einiges Russland* spielen hier teilweise mit verteilten Rollen. So ist *Einiges Russland* beim Thema »Krim« präsenter, während die anderen Parteien die Resonanz verstärken. Bei den Bezügen auf die Ukraine liegt die LDPR deutlich vor allen anderen Parteien.

Die Ukraine wird für den russischen Präsidenten in Krisensituationen zu einem Thema, das er explizit anspricht – zunächst im Zusammenhang mit der Orangenen Revolution 2004, als der von Russland unterstützte Präsidentschaftskandidat Wiktor Janukowytsch durch Massenproteste an der Manipulation des Wahlergebnisses gehindert wurde. Die Ukraine wird dann erneut während der Euromaidan-Proteste 2013/14 zum prominenten Thema in Putins Äußerungen. Auf die Proteste und den Regierungswechsel in Kyjiw – von Russland als »Coup« bezeichnet – antwortete Russland unmittelbar mit der Krim-Annexion und militärischer und finanzieller Unterstützung für die separatistische Mobilisierung in Teilen des Donbas. Auch in der Duma machen die Bezüge auf die Ukraine von 2013 bis 2014 einen quantitativen Sprung, an dem alle in der Duma vertretenen Parteien beteiligt sind. Mit dem Nachlassen der tagespolitischen Aktualität hält v. a. *Einiges Russland* die Ukraine auf der Agenda.

Insbesondere das russische Staatsfernsehen, nach wie vor die Hauptinformationsquelle für die Mehrheit der russischen Bevölkerung, hinterfragt seit 2013/14 regelmäßig und lautstark die staatliche Souveränität der Ukraine. Somit entfiel für Präsident Putin die Notwendigkeit, dieses Thema über die Krisenmomente hinaus selbst mit gleichbleibender Intensität aufzugreifen. Ab 2021 wächst in Putins Reden die Bedeutung der Ukraine erneut – passend zum durch den Präsidenten persönlich geprägten Geschichtsdiskurs, der der Ukraine ihre staatliche Souveränität abspricht und dem massiven Truppenaufbau in der Nähe der russisch-ukrainischen Grenze.

Die Krim-Annexion 2014 kam sowohl für die russische Gesellschaft als auch für die internationale Gemeinschaft überraschend. Die offizielle Kreml-Rhetorik spiegelt diese Tatsache wider: Die Halbinsel Krim wurde vor 2014 vom Präsidenten kaum und von der Duma gar nicht erwähnt. Auch wenn der Plan, nach dem die Annexion ablief, schon länger ausgearbeitet war, wurde die Entscheidung, ihn im Februar 2014 in die Realität umzusetzen, bewusst nicht durch eine Informationskampagne in Russland vorbereitet. Erst mit der Annexion wurde die Krim zu einem Schlüsselelement in der Selbst- und Fremddarstellung Russlands. In der Duma bezieht sich zum entscheidenden Moment, aber auch über einen längeren Zeitraum vor allem *Einiges Russland* auf die Krim, aber auch die anderen Parteien stimmen ein.

Das Thema der Krim war im internen politischen Diskurs schnell abgehandelt – die Krim-Annexion wurde und wird in Russland weder von Eliten noch von der Bevölkerung infrage gestellt. Die direkte Bezugnahme auf die Krim klingt in den Reden Putins somit schnell wieder ab. Insbesondere ab 2017 verschwindet die Krim zwar nicht völlig aus dem Kreml-Narrativ, pendelt sich aber auf einem niedrigschwelligen Niveau sowohl beim Präsidenten als auch in der Duma ein. Unter den Äußerungen in der Duma ist insbesondere

Einiges Russland präsent, was zeigt, dass der Krim-Diskurs »Chefsache« bleibt.

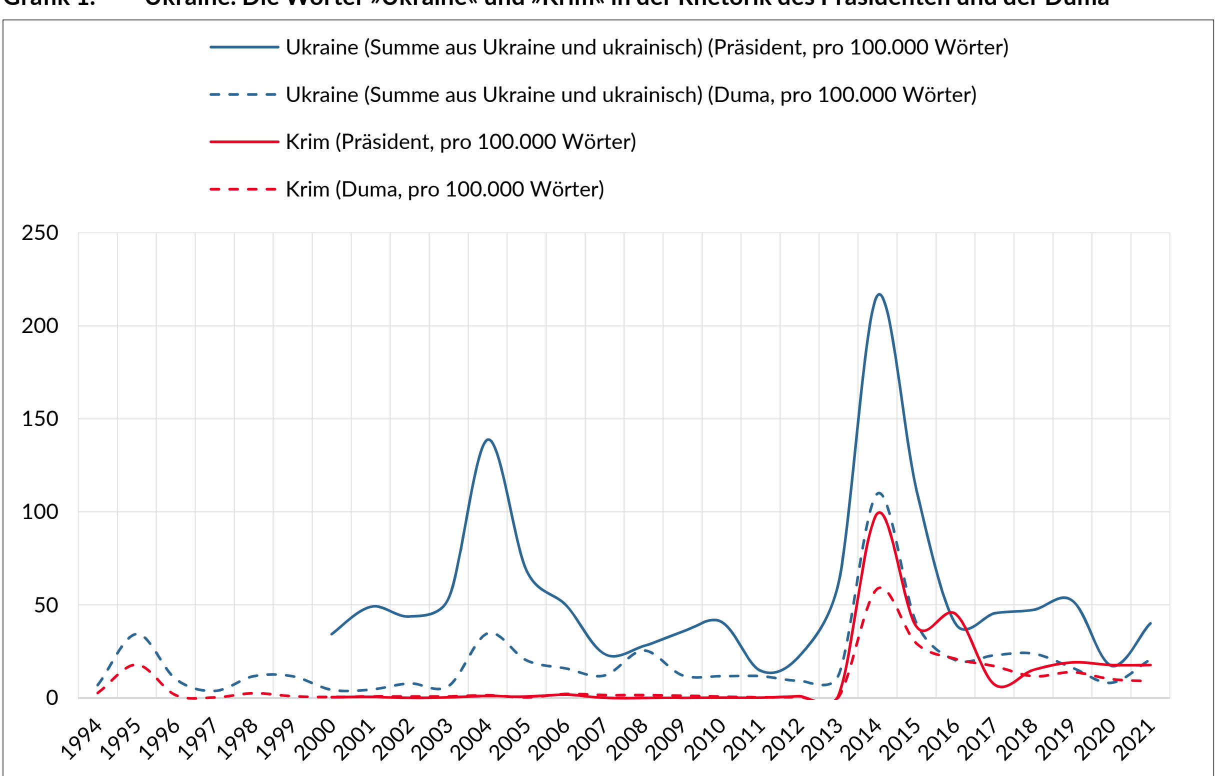
Die Krim-Tatar:innen waren der für Russland schwierigste Aspekt der Annexion. Ihr territorialer Anspruch auf die Krim ist eng mit der Erinnerung an ihre Deportation unter Stalin und die Rückkehr auf die Halbinsel nach 1991 verknüpft. 2014 protestierten vor allem Krimtatar:innen gegen die Annexion. Auf sie konzentrieren sich seitdem die Repressionen des russischen Staates. Krimtatarische politische Organisationen und Medien wurden verboten; prominente politische Vertreter:innen der Krimtataren verließen die Krim. Es entspricht dem Interesse des Kreml, die Krimtatar:innen in offiziellen Reden des Präsidenten bzw. der Duma nicht vorkommen zu lassen.

Der auf die Krim-Annexion folgende Krieg im Donbas wird in der offiziellen Rhetorik kaum thematisiert. Mit einer zeitlichen Verzögerung – der Krieg begann in der ersten Jahreshälfte 2014 – sind die zentralen Kriegsschauplätze Donbas, Donezk und Luhansk v. a. im Jahr 2015 etwas präsenter. Das offizielle russische Narrativ streitet bis heute die Beteiligung Russlands an diesem Krieg ab – die insgesamt begrenzte Bezugnahme auf die Region ist eine logische Konsequenz dieser Argumentation. Duma-Abgeordnete thematisieren den Donbas im Vergleich zum Präsidenten häufiger und über einen längeren Zeitraum hinweg, aber auch hier sind die Erwähnungen zahlenmäßig und zeitlich begrenzt. Die regierungsnahe Partei *Einiges Russland* meldet sich wesentlich weniger zum Thema als die LDPR und die KPRF. Ab 2021 erhält das Thema allmählich eine neue Aktualität. Die Abkürzungen für die »Volksrepubliken« (DNR/LNR) ersetzen zunehmend die Bezüge auf die Städte bzw. administrativen Regionen von Donezk und Luhansk. Insgesamt bleibt die größere Region Donbas im Diskurs präsenter als die Bezeichnungen der Teilgebiete.

Die Begriffe »Separatist« und »Separatismus« werden von Präsident Putin in Bezug auf den Donbas vermieden. Sie sind im offiziellen Sprachgebrauch v. a. Tschetschenien vorbehalten, so dass hier klar zwischen politischen Ansprüchen unterschieden wird. Die Duma meidet den Begriff Separatismus ebenfalls. In der Diskussion des Kriegs im Donbas findet sich u. a. der Begriff der Volksmilizen, der eine größere Legitimität der politischen Ansprüche und Bemühungen um Sicherheit suggeriert und zur offiziellen Selbstdarstellung passt, der zufolge Russland nicht direkt am Krieg beteiligt sei.

Über die Autorin
Prof. Dr. *Gwendolyn Sasse* ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

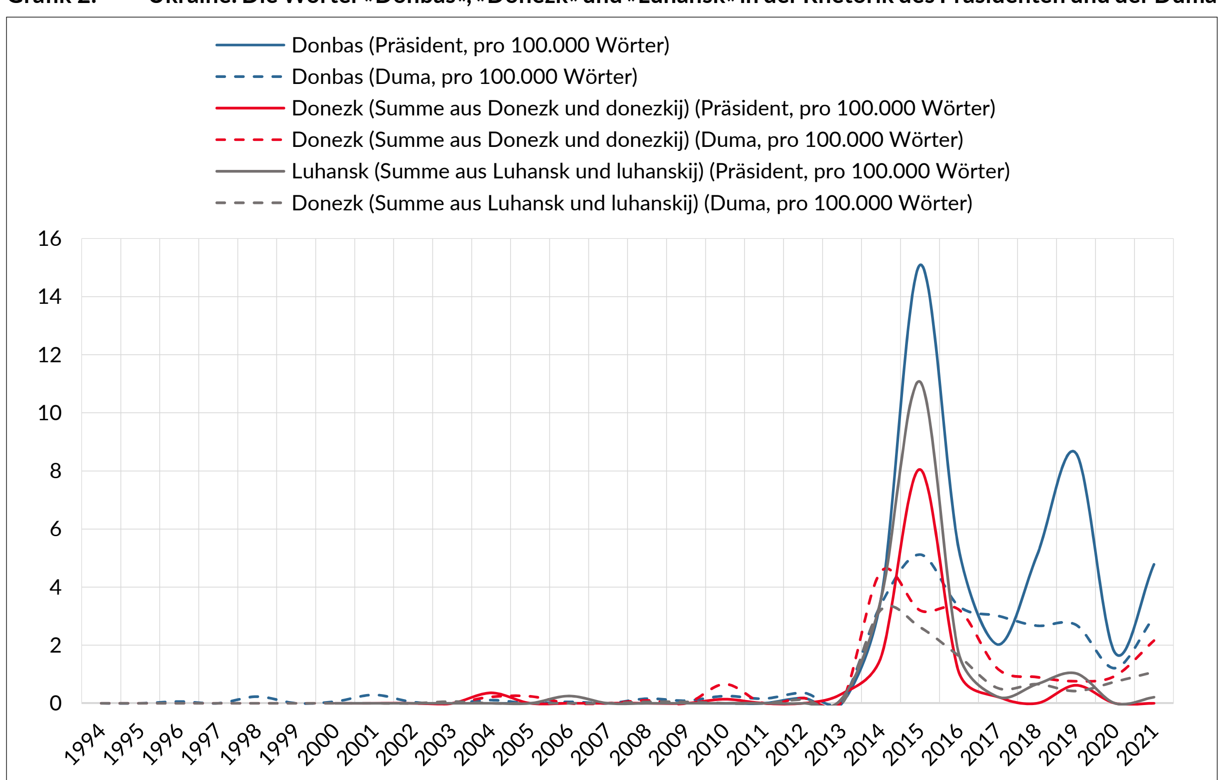
Grafik 1: Ukraine. Die Wörter »Ukraine« und »Krim« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Ukraine (Summe aus Ukraine und ukrainisch) (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Ukraine (Summe aus Ukraine und ukrainisch) (Duma, pro 100.000 Wörter)	Krim (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Krim (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		6,87		2,62
1995		34,34		17,85
1996		10,12		1,46
1997		3,74		0,24
1998		11,66		2,5
1999		11,61		0,88
2000	34,27	4,33	0,36	0,44
2001	49	4,44	0,56	0,78
2002	43,75	7,77	0	0,75
2003	53,55	6,42	0,28	0,77
2004	138,78	34,69	1,09	1,39
2005	68,35	20,14	0,64	0,24
2006	50,05	15,83	1,76	2,1
2007	23,51	12,03	0	1,5
2008	27,83	25,47	0	1,51
2009	35,55	12,11	0	1,17
2010	40,87	11,68	0,14	0,7
2011	14,58	11,69	0,13	0,31
2012	22,6	9,22	0,88	0,45
2013	61,77	12,14	1,33	0,52
2014	216,34	109,85	99,21	58,69
2015	111,69	40,12	38,23	29,24
2016	39,86	20,26	45,13	20,95
2017	45,45	22,9	7,17	17,04
2018	47,32	23,78	15,04	11,61
2019	52,29	16,16	19,07	13,8
2020	17,21	8,11	17,65	10,05
2021	40,08	20,71	17,65	8,92

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org*, und dekoder-Special »Die Duma spricht«,* https://duma.dekoder.org.

Grafik 2: Ukraine. Die Wörter »Donbas«, »Donezk« und »Luhansk« in der Rhetorik des Präsidenten und der Duma



	Donbas (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Donbas (Duma, pro 100.000 Wörter)	Donezk (Summe aus Donezk und donezkij) (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Donezk (Summe aus Donezk und donezkij) (Duma, pro 100.000 Wörter)	Luhansk (Summe aus Luhansk und luhanskij) (Präsident, pro 100.000 Wörter)	Donezk (Summe aus Luhansk und luhanskij) (Duma, pro 100.000 Wörter)
1994		0		0		0
1995		0		0		0
1996		0,06		0		0
1997		0		0		0
1998		0,23		0		0
1999		0		0		0
2000	0	0,06	0	0	0	0
2001	0	0,29	0	0	0	0
2002	0	0,04	0	0	0	0
2003	0	0	0	0	0	0,06
2004	0	0,11	0,36	0,22	0	0
2005	0	0	0	0,24	0	0
2006	0	0,05	0	0	0,25	0
2007	0	0	0	0	0	0
2008	0	0,16	0	0,1	0	0,05
2009	0	0,09	0	0	0	0,05
2010	0	0,25	0,14	0,66	0	0
2011	0	0,16	0	0	0	0
2012	0,18	0,36	0	0,18	0	0,13
2013	0	0,12	0,33	0,08	0,17	0
2014	3,59	3,41	1,59	4,54	3,59	3,22
2015	15,09	5,12	8,05	3,2	11,07	2,62
2016	5,27	3,34	1,05	3,22	1,69	1,62
2017	2,02	3,01	0,22	1,18	0,22	0,52
2018	5,09	2,67	0	0,9	0,66	0,66
2019	8,61	2,7	0,62	0,76	1,03	0,42
2020	1,74	1,21	0	0,94	0	0,74
2021	4,78	2,97	0	2,16	0,21	1,08

Quelle: dekoder-Special »Die Worte des Präsidenten«, https://putin.dekoder.org, und dekoder-Special »Die Duma spricht«, https://duma.dekoder.org.

CHRONIK

17. Januar 2022 – 29. Januar 2022

17.01.2022	Der Gouverneur der Oblast Kemerowo, Sergej Ziwiljow, ist erneut an Covid-19 erkrankt. Er leide nur an leichten Symptomen und arbeite aus dem Homeoffice, teilte er mit. Ziwiljew hatte bereits im Oktober 2020 Covid-19.
17.01.2022	Der Gouverneur der russischen Teilrepublik Komi, Wladimir Ujba, tritt zurück. Der Grund für seinen Rücktritt ist offiziellen Angaben zufolge die Entscheidung über strategische Entwicklungsaufgaben und die Umsetzung des Programms für die sozioökonomische Entwicklung der Region, das im März 2022 verabschiedet werden soll.
18.01.2022	Der stellvertretende Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Enrique Mora, trifft in Moskau zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Russland, außenpolitischen Fragen und zu Fragen der europäischen Sicherheitsarchitektur ein. Außerdem besucht die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock ihren russischen Amtskollegen Sergej Lawrow, um über die Lage an der Grenze zur Ukraine und die Sicherheit in Europa zu sprechen. Sie betont dabei, dass es keine Alternative zu stabilen und guten Beziehungen zwischen Moskau und Berlin gebe. Lawrow entgegnete, er wünsche sich konstruktivere Beziehungen zu Deutschland und wolle bestehende Probleme überwinden.
18.01.2022	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege Anthony Blinken erörtern am Telefon die Lage in der Ukraine. Blinken betonte dabei die Notwendigkeit der Deeskalation durch Diplomatie und bekräftigte das Engagement der USA für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Das Gespräch fand vor dem Hintergrund der geplanten Reise Blinkens in die Ukraine statt.
20.01.2022	In Moskau werden innerhalb von 24 Stunden 11.557 neue Covid-19-Infektionsfälle gezählt und damit so viele wie nie seit Beginn der Pandemie im März 2020. Der bisherige Höchststand innerhalb von 24 Stunden lag am 19. Juni 2021 bei 9.120 Fällen.
21.01.2022	In Russland werden innerhalb von 24 Stunden mit 49.513 neuen Covid-19-Infektionsfällen so viele wie nie zuvor seit Beginn der Pandemie im März 2020 gemeldet. Die Omikron-Variante des Virus macht laut offiziellen Angaben 47,7 Prozent der Fälle aus. Moskau meldete 15.987 neue Fälle, auch dies ist ein neuer Negativrekord.
21.01.2022	In Genf treffen sich der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege Anthony Blinken zu Gesprächen über von Russland geforderte Sicherheitsgarantien und die Zusicherung der NATO, keine weiteren Mitglieder wie die Ukraine oder Georgien aufzunehmen. Nach dem Treffen äußerte Lawrow, die NATO würde gegen Russland arbeiten, Moskau erwarte kommende Woche eine schriftliche Antwort der USA auf seine Forderungen. Das Treffen mit Blinken sei jedoch offen und nützlich gewesen. Blinken betonte ebenfalls, das Gespräche sei »offen« gewesen.
22.01.2022	In Russland werden innerhalb von 24 Stunden mit 57.212 neuen Covid-19-Infektionsfällen erneut so viele wie nie zuvor seit Beginn der Pandemie im März 2020 gemeldet. Die Omikron-Variante des Virus macht laut offiziellen Angaben 48,1 Prozent der Fälle aus. Moskau meldete 16.094 neue Fälle, auch dies ist ein neuer Negativrekord.
24.01.2022	Die Zahl der Covid-19-Infektionen je 100.000 Einwohner ist in Russland innerhalb von einer Woche um 102,4 Prozent gestiegen. Sie liegt zurzeit bei 231. Expert:innen führen diese Entwicklung auf die rasche Verbreitung des Omikron-Stammes zurück.
25.01.2022	Der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj wird in die Liste der an terroristischen und extremistischen Aktivitäten beteiligten Organisationen und Personen aufgenommen. Dies teilte die russische Finanzaufsichtsbehörde »Rosfinmonitoring« mit. Außerdem in das Register aufgenommen wurden die Mitarbeitenden des von Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) Ljubow Sobol, Wjatscheslaw Gimadij, Georgij Alburow und Ruslan Schaweddinow. Leonid Wolkow und Iwan Shdanow, ebenfalls Mitarbeiter des FBK, wurden bereits Anfang Januar hinzugefügt. Betroffene Personen und Organisationen können nicht mehr auf ihre Konten bei russischen Banken zugreifen. Nawalnyjs Mitarbeiter befinden sich derzeit im Ausland, Nawalnyj selbst verbüßt seit Anfang 2021 eine Haftstrafe.
26.01.2022	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass der »Omikron«-Stamm des Covid-19-Virus mit 52,1 Prozent der Fälle nun der vorherrschende in Russland sei. »Omikron« wurde bisher in 72 Regionen des Landes nachgewiesen.
26.01.2022	Die NATO und die USA antworten Russland in einer schriftlichen Stellungnahme auf dessen Forderung nach Sicherheitsgarantien, dies bestätigten sowohl das russische als auch das US-amerikanische Außenministerium. In einer Pressekonferenz erklärte der US-amerikanische Außenminister Anthony Blinken, dass eines der zentralen Anliegen Russlands – die Garantie eines Verzichts auf eine Aufnahme weiterer Staaten wie Georgien und die Ukraine in die NATO – nicht erfüllt werde. Die NATO bleibe bei ihrer »Politik der offenen Tür«.

27.01.2022	Der Gouverneur der Region Krasnojarsk, Alexandr Uss, ist an Covid-19 erkrankt und befindet sich mit leichten Symptomen zuhause in Quarantäne. Dies gab der Pressedienst der Regierung bekannt. Auch der Gouverneur der Oblast Wologda, Oleg Kuwschinnikow gibt eine Infektion mit Covid-19 bekannt.
28.01.2022	Deutschland weist einen russischen Diplomaten wegen des Verdachts auf Spionage aus. Der Mitarbeiter des russischen Konsulats in München sei hauptamtlich Mitarbeiter des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR und nur zum Schein Konsulatsangestellter gewesen. Er sei bei Ermittlungen gegen einen wissenschaftlichen Mitarbeiter der Universität Augsburg aufgeflogen, der Informationen zu Forschungsprojekten im Bereich der Luft- und Raumfahrt an den SWR weitergeleitet haben soll. Gegen den wissenschaftlichen Mitarbeiter wurde Anklage wegen »geheimdienstlicher Agententätigkeit« erhoben.
29.01.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin ordnet an, zu prüfen, inwieweit auf dem Gebiet der international nicht anerkannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk lebende russische Staatsbürger Sozialleistungen aus Russland erhalten sollten. Außerdem ordnete er an, die Praxis der Umsetzung des aktiven Wahlrechts für russische Bürger, die keinen Wohnsitz in Russland haben, zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf http://www.laender-analysen.de/russland/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

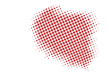
Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Florian Kübler
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/









Belarus–Analysen Polen–Analysen Russland–Analysen Ukraine–Analysen Zentralasien–Analysen











Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/